Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales
des Gemeinderats
vom 29. November 2016

öffentlich

§ 403

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2017
für den Fachbereich Bildung und Soziales

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in § 409 der Niederschrift des Hauptausschusses vom 30. November 2016 aufgeführt. Zudem liegt der Antrag der CDU-Fraktion vom 11. November 2016 als Tischvorlage vor.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, stellt Erster Bürgermeister Bendel die aufgrund der November-Steuerschätzungen und dem Haushaltserlass des Landes aktualisierte Änderungsliste, GD 904/16, vor. Damit verbessere sich der Ergebnishaushalts um 2,3 Millionen €.

Er verweist auf einen Schreibfehler beim erhöhten Personalaufwand auf der Seite 1 der GD 904/16, der nicht 816.200 € betrage sondern 1,055 Mio. € aufgrund von 17 zusätzlichen Stellen. Der Finanzhaushalt verringere sich um etwa 1,2 Mio. €, womit dem Sparbuch 2017 1,1 Mio. € weniger entnommen werden müssten.

Stadträtin Kühne (SPD) bezeichnet die soziale Lage der Stadt als gut und sieht darin die Verpflichtung genauer hinzuschauen. Sie lobt die Zusammenlegung der Bereiche Bildung und Soziales, allerdings gebe es keine Garantie, dass mit den Ausgaben für Bildung die innere Ausgewogenheit der Gesellschaft gewährleistet werden könne.

Die gut ausgebildeten Polizei- und Pflegekräfte verdienten zu wenig, womit eine Schieflage in der Gesellschaft entstanden sei, die genau beobachtet werden müsse. Dies bestimme auch das Soziale in der Stadt und entscheide darüber, ob genügend Personal beispielsweise

für die Kindertageseinrichtungen gefunden werden könne. Sie fragt nach den Vertragsgestaltungen und ihrer Aktualität. Möglicherweise müsse hier nachgesteuert werden.

Das Wohnen koste viel Geld und zahlreiche Leute hätten Schwierigkeiten sich dies zu leisten. Die Exkursion des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt habe gezeigt, dass sozialverträgliches Wohnen machbar gestaltet werden könne.

Ihre Fraktion sehe die Kinderbetreuung und das Wohnen als die Anker zur Beurteilung der sozialen Situation der Stadt. Sie bitte darum, im neuen Haushaltsjahr besonders darauf zu schauen.

Mit den Zuschüssen könne soziales Engagement unterstützt werden.

Stadtrat Eichhorn (FWG) macht deutlich, dass über den Haushaltsplanentwurf 2017 nicht viel geklagt werden könne und er sich über ein aktuelles Plus von 1,1 Mio. € freue.

Nach der Sportdebatte gehe es nun um die Umsetzung und die politischen Schwerpunkte. Für die FWG-Fraktion liege die Priorität bei allen Vereinen, in denen mit viel Engagement ehrenamtliche Arbeit geleistet werde, nicht bei den Personen, die außerhalb der Vereine Sport trieben. Sich in der Gemeinschaft sportlich zu betätigen beuge der Vereinsamung vor. Dafür müssten die Vereine gestärkt und ihnen die Möglichkeiten zur Fortentwicklung gegeben werden, um zukunftsfähig zu sein. Die heutigen Vereine sollten auch für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv sein.

Bei den vorliegenden Anträgen der verschiedenen Sportvereine müsse auf Gleichbehandlung geachtet werden. Lediglich fünf bis sechs Vereinen seien in der Lage, Investitionen von über 2 Mio. € zu stemmen. Von den 300 Mio. € Investitionen der Mittelfristigen Finanzplanung gehe es bei den Anträgen der Vereine für 40.000 Mitglieder, wovon 13.000 Kinder und Jugendliche seien, gerade mal um 3 % der Ausgaben.

Zur Unterstützung der Vereine habe auch die FWG-Fraktion einen Antrag auf Bereitstellung von 10 Mio. € gestellt. Es werde von der Verwaltung erwartet, nach einem Beschluss des Gemeinderats die Mittel zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Er habe kein Verständnis dafür, dass in der Sitzung des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales am 23. November 2016 eine Entscheidung über eine Zuschusserhöhung für die Familienbildungsstätte Ulm e.V. getroffen worden sei. Es hätte seiner Meinung nach nicht geschadet, wenn darüber in der heutigen Sitzung abgestimmt worden wäre.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) appelliert dafür, neben den großen Sportprojekten die kleinen Vereine nicht zu vergessen. Eine Besichtigung der 40 Jahre alten Umkleideräume des TV Wiblingen 1905 e.V. habe gezeigt, dass diese nicht mehr genutzt werden könnten und die jungen Sportlerinnen und Sportler aus diesem Grund nicht mehr zum Sport kämen. Gerade für Wiblingen halte er es für wichtig, einen funktionsfähigen Verein zu haben, dafür müssten umgehend die Dusch- und Umkleideräume in einen funktionsfähigen Zustand versetzt werden.

Er habe erfahren, dass der Platzbedarf bei den Kindertagesstätten um 20 % gestiegen sei.

Trotz des großen Ausbaus werde der Bedarf voraussichtlich nicht so schnell gedeckt werden können. Er fragt nach der geplanten großen Kindertageseinrichtung in Wiblingen, auf die nicht lange gewartet werden dürfe.

Oberbürgermeister Czisch teilt mit, dass es sich in Wiblingen um eine städtische Sportanlage handle und es sonst um vereinseigene Anlagen gehe.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) spricht von einer großen Verantwortung für den größten Finanztopf. Bei der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe könne wenig beeinflusst und gesteuert werden. Dafür arbeite die Verwaltung trotz der steigenden Fallzahlen sehr erfolgreich, um die Kosten im Griff zu halten. Mit den verschiedenen Lebensbereichen von der Krippe bis ins Alter, der Inklusion und dem Sport gehe es um eine breite Aufgabenpalette.

Ulm stehe viel Geld zur Verfügung und habe damit auch eine soziale Verantwortung. Durch den Verbund mit sehr vielen Institutionen und Einrichtungen, die mit Zuschüssen unterstützt würden, könnten diese Aufgaben erfüllt werden. Sie betont die Bedeutung der Ehrenamtlichen, mit denen das soziale Gefüge einigermaßen im Gleichgewicht gehalten werden könne.

Um eine besondere Aufgabe handle es sich bei den Flüchtlingen, welche auch 2017 intensiv begleitet werden müssten, wenn die Akutmaßnahmen vorbei seien und der eigentlich schwierigere Teil beginne, die Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Dabei gehe es vor allem um Wohnungen, Arbeitsstellen und Kinderbetreuungsplätze.

Sie schließe sich der Forderung von Stadtrat Dr. Süslü nach Unterstützung der kleinen Vereine an. So habe der engagierte SV Grimmelfingen e.V. nicht genügend Hallen und Flächen, um den entsprechenden Sport anbieten zu können. Es werde eine Mehrzweckhalle am Ort gewünscht.

Neben dem einen Drittel der Menschen in Vereinen dürften auch die zwei anderen Drittel nicht vergessen werden, die keine Vereins- Mitglieder seien.

Die CDU-Fraktion halte den Werterhalt der Institutionen und Gebäude für wichtig und schlägt einen Plan vor, wie möglichst schnell der Sanierungsstau abgearbeitet werden könne.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) regt an, die Themen Sport und Renovierungen in die Prioritätenliste mit einzuspeisen. Diese sehe er nicht nur als Zeitliste aufgrund der Überlastung des Zentralen Gebäudemanagements an sondern auch als finanzielle Prioritätenliste.

Ein Großteil der Ausgaben des Sozialbereichs seien bereits festgeschrieben, dienten aber dazu, den sozialen Frieden in der Gesellschaft zu erhalten und seien deshalb eine sinnvolle Investition. Im Bildungsbereich habe lange für die finanziellen Mittel für die Kinderbetreuung gekämpft werden müssen und nun bestehe in diesem Bereich Erweiterungsbedarf.

Im Vergleich zum Gesamtetat sei der Bildungsbereich relativ klein, für die einzelnen Gruppierungen und Vereine gehe es aber um erhebliche Beträge, wofür sie einen wichtigen Beitrag leisteten. Die Folgekosten von Baumaßnahmen gingen dagegen einfach unter.

Stadträtin Münch (CDU) betont die Bedeutung von Bildung. In den Schulen habe sich viel verändert. Die Schülerinnen und Schüler hielten sich viel länger in den Ganztagschulen oder der Ganztagsbetreuung auf und die Stadt habe ein Betreuungsangebot mit großen qualitativen Verbesserungen gerade im personellen Bereich aufgelegt, welches sehr begrüßt werde.

Vom Land seien nun Rahmenbedingungen für die Inklusion erstellt worden und sie freue sich, dass in Ulm bereits viele Kinder inklusiv beschult würden. Diese beiden Themen erforderten räumliche Veränderungen an den Schulen, die auch Geld kosteten, damit sich die Schülerinnen und Schüler an den Schulen wohl fühlten. Hierzu sollten gemeinsame Ziele oder qualitative Richtschnuren festgelegt werden.

An den Schulen stünden Sanierungen in Höhe von 80 Mio. € an und die rosa Liste der Investitionen nach 2020 in der GD 902/16 habe sich verlängert, aber die Vorhaben seien auf diese Weise dokumentiert worden.

Möglicherweise bedeute der nächste Teil der Bildungsoffensive erneut Schulen zu sanieren, aber es gehe um ein wichtiges Thema. Neben den großen Themen in der Stadt, seien es häufig Toiletten, Malerarbeiten oder Schallschutzdecken, die von den Schülerinnen und Schüler sowie von den Eltern als wichtig angesehen würden. Die Themen seien klar und vielleicht müsse sich dazu ein kleiner Kreis zusammensetzen.

Die gesellschaftlichen Veränderungen prägten die Kommunen und erforderten aber auch auf allen politischen Ebenen finanzielle Kompensationen.

Herr Giannopoulos (SPD) geht auf das schlechte Abschneiden der deutschen Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich ein. Er fragt, wie weit die Ulmer Schulen vom Ende der Kreidezeit entfernt seien. Eine Kernaufgabe der Schulen sollte seiner Meinung nach sein, den Kindern und Jugendlichen einen verantwortungsvollen und reflektierenden Umgang mit neuen Medien beizubringen. Hier stehe die Kommune in der Verantwortung für das nötige Rüstzeug zu sorgen. Es gehe darum, die Lernwege zu unterstützen, neue Impulse in die Schulen zu tragen und gute Pädagogik zu fördern.

Ihn interessiert, welche Investitionen mit welchem Inhalt in diesem Bereich geplant seien und welches Konzept dahinterstehe.

Die Bildungsoffensive der Bildungsministerin sehe vor, die Kommunen dabei zu unterstützen, Erziehungsstrategien zu entwickeln und Kompetenzzentren aufzubauen. Er könne sich das Thema Smart School passend zur Digitalen Stadt gut vorstellen.

Dazu teilt Bürgermeisterin Mann mit, dass sie Ulm im Vergleich zu anderen Städten zwar weit weg von der Kreidezeit sehe aber immer noch auf dem Weg. Sie bestätigt, dass die Medien Mittel zum Zweck seien und Medienkompetenz erworben werden sollte. Hier befinde sich die Stadt an der spannenden Schnittstelle zwischen Kommune als Verantwortliche für die Ausstattung und dem Land. Ulm beteilige sich seit Jahren an diversen Pilotprojekten sowohl an den Grundschulen als auch an den Beruflichen Schulen. Seit fünf Jahren gebe es zusätzlich eine Initiative der Stadt zur Ausstattung der Schulen.

Neu im Lehrplan enthalten sei das Fach Informations- und Medienkompetenz, allerdings gebe es dazu keine weiteren Angaben oder Lehrwerke. Eine Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Sport arbeite nun in einer Arbeitsgruppe des Städtetags mit, die Mindeststandards erarbeiteten. Diese ausgearbeiteten Empfehlungen seien nun im entsprechenden Bildungsausschuss verabschiedet und dem Land vorgelegt worden.

Entscheidend bleibe, dass die Schulen dies einsetzen und Konzepte zur Nutzung der Medien im Unterricht entwickelten. Es gebe eine erste Auflistung, was an den Schulen gebraucht werde, z.B. eine Breitbandausstattung. Wenn dies ernsthaft verfolgt werde, kämen dadurch große Beträge zusammen.

Es ist von ihr zu erfahren, dass sie die Sorgen um die Besetzung der Erzieherinnen- und Erzieherstellen teile und seit Jahren dafür gemeinsame Anstrengungen unternommen würden. Durch attraktive Rahmenbedingungen sei es bisher gelungen, auch Kollegen und vor allem Kolleginnen aus dem norddeutschen Raum anzuwerben. Interessant sei die Frage, wie attraktiv diese Berufe zukünftig seien und wie die gesellschaftliche Anerkennung erhöht werden könne.

Die Aufgabe der Personalgewinnung werde nie beendet sein und müsse immer weiterverfolgt werden. Mit dem Konzept, die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen anzuschauen und nachzubessern im Verbund mit dem Weiterbildungskonzept könne gepunktet werden.

Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf prüfe sie gerne nochmals, aber der Teilzeitschlüssel liege im Fachbereich Bildung und Soziales bereits bei 53 % und bei den Kindertageseinrichtungen noch höher. Es gebe alle Möglichkeiten der Teilzeit und Sondervereinbarungen.

Oberbürgermeister Czisch weist darauf hin, dass der Betrieb auch funktionieren müsse. Es könnten nicht alle Wünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt werden.

Bürgermeisterin Mann teilt zur Kindertageseinrichtung Wiblingen mit, dass dafür ein neuer Ausbaumodus benötigt werde. Die Vereinbarung mit der Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH (UWS) lasse sich leider aufgrund der Initiativen aus dem Umfeld nicht so schnell wie gewünscht umsetzen.

Die Prioritätenliste werde im Frühjahr dezidiert besprochen und ein Zeitplan für die Bauvorhaben erstellt.

Stadträtin Malischewski (FWG) verweist auf die erschreckende Höhe der Ausgaben für die Grundsicherung trotz Vollbeschäftigung.

Sie fragt, welche Mittel vom Bund oder vom Land für die Flüchtlingsunterkünfte in Wiblingen oder Böfingen zurückerstattet würden.

Beim TV Wiblingen 1905 e.V. habe sie der Zustand der vorhandenen Anlagen erschüttert und es sei ihr unverständlich, dass hier nichts gemacht werde.

Sie freue sich über die Planungsrate im Haushaltsplanentwurf 2017 für das Schulzentrum

Wiblingen, da es nicht sein könne, dass Schülerinnen und Schüler jahrelang in Containern unterrichtet würden.

Dabei gehe es um Brandschutzsanierungen, informiert Bürgermeister von Winning.

Einen Zuschuss des Landkreises und der Stadt Neu-Ulm für die Familienbildungsstätte Ulm e. V. halte sie für dringend erforderlich, macht Stadträtin Malischewski (FWG) deutlich. Der Alb-Donau-Kreis zahle seit Jahren 12.000 € Zuschuss für die gleiche Anzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmer wie sie auch aus Neu-Ulm kommen würden. Sie plädiert dafür, mit den Schwesterfraktionen in Neu-Ulm Kontakt aufzunehmen.

Erster Bürgermeister Bendel informiert zur Unterbringung der Flüchtlinge, dass sich die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für SGB II-Empfängerinnen und Empfänger verbessern werde. Dies bedeute 2,4 Mio. € mehr für die Stadt Ulm und ergebe eine Summe von 7,3 Mio. €. Dagegen stiegen aber auch die Aufwendungen auf 14,1 Mio. €.

Bei der vorläufigen Unterbringung der Flüchtlinge könne die Stadt bisher keine Entlastung spüren. Das Land erstatte spitz die Kosten der Aufwendungen. Im Nachtrag 2016 sei ein Zuschussbedarf von 3,1 Mio. € an der Stadt hängen geblieben. Für 2017 werde mit einem Zuschussbedarf von 4,7 Mio. € geplant.

In der gemeinsamen Finanzierungskommission des Landes und der kommunalen Landesverbände seien erste Einigungen getroffen worden, für 2017 sei aber nach wie vor offen, ob eine Spitzabrechnung vorgenommen werde. Dieser Bereich stelle für die Kommunen eine Belastung und ein Haushaltsrisiko dar. Bei der vorläufigen Unterbringung herrsche Unklarheit, ob das Land die Kosten zu 100 % tragen werde und für den Bereich der Anschlussunterbringung sei die Beteiligung des Landes ebenfalls noch nicht vollständig geklärt.

Frau Vogel (stellvertretende Abteilungsleiterin der Abteilung Soziales) informiert zur Anschlussunterbringung in Wiblingen, dass diese im Dezember bezogen werden könne und von Zuwendungen in Höhe von 887.000 € ausgegangen worden sei, die sich nun um 116.000 € auf 771.000 € verringerten. Beim Gebäude in Böfingen reduziere sich die Landesförderung von 3,312 Mio. € um 262.000 € auf 3,05 Mio. €.

Erster Bürgermeister Bendel geht auf die Anträge der CDU- und FWG-Fraktion auf 10 Mio. € Sondermittel zur Sportförderung im Finanzhaushalt ein: Die Verwaltung sehe sich dazu nicht in der Lage, da dies haushaltsrechtlich nicht umsetzbar sei. Es werde vorgeschlagen, über die Finanzierung der Anträge im Zusammenhang mit den Sachentscheidungen zu beschließen. Wenn die Förderanträge mit den genauen Konditionen konkret auf dem Tisch liegen würden, könne über die Finanzierung entschieden werden. Dann bestehe die Möglichkeit einer außerplanmäßigen Finanzierung 2017 oder eher einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung aus Mitteln der Jahre 2018 ff.

Oberbürgermeister Czisch verdeutlicht, dass es sich hier um eine Ausnahme bei der Haushaltsdisziplin handle. Es sei beschlossen worden, die Sportentwicklungsplanung abzuwarten und nun werde ausnahmsweise der Weg gegangen, die Sachentscheidung voranzustellen und diese dann nachzuvollziehen. Haushaltsrechtlich sei dies möglich und der Gemeinderat

bleibe handlungsfähig.

Stadtrat Bühler (FWG) erkundigt sich, ob die Vereine 2017 tatsächlich Gelder erhalten könnten.

Dies sichert Oberbürgermeister Czisch zu. Er weist auf die 200 Mio. € der Bildungsoffensive hin, die in den vergangenen 15 Jahren ausgegeben worden seien. Hierbei handle es sich um den einen politischen Schwerpunkt der Stadt neben dem Ausbau der Kinderbetreuung. Der Wehrmutstropfen dabei seien die Abschreibungen, die nachhaltig den Haushalt belasteten und Probleme bereiteten, den Ressourcenverbrauch mit laufenden Einnahmen zu refinanzieren.

Neben der Bildungsoffensive und der Kinderbetreuung sei der Stadt das Thema Flüchtlinge gut gelungen, da der Gemeinderat der Verwaltung ermöglicht habe, möglichst schnell die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, aber auch weil es in der Stadt zahlreiche Ehrenamtliche gebe, die mitgeholfen hätten. Hierbei gehe es um Leben und Wohnen in der Stadt sowie den Zusammenhalt und die Frage, ob die Stadtgesellschaft in der Lage sei, die Herausforderung anzunehmen. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Vereine mit ihren ehrenamtlich Tätigen.

Die Stadt müsse Rahmenbedingungen setzen, welches aber nur funktioniere, wenn dies auch bei den Leuten ankomme. Entscheidend sei eine Balance zu finden zwischen dem was der Bürger selbst hinbekomme und wann der Staat eingreifen müsse oder wofür er verantwortlich sei. Dabei dürfe auch kein Gegensatz formuliert werden.

Die Finanzierung der geflüchteten Menschen werde die Stadtgesellschaft solange fordern bis die Menschen echte Integrationschancen hätten. Dies habe unabhängig vom Verfahren mit Arbeit, Wohnen, Sprache und Ausbildung zu tun. Im Kern seien Bund und Land für diese Finanzierung verantwortlich und darüber werde es auch noch Auseinandersetzungen geben.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) verweist auf die Aussagen von Erstem Bürgermeister Bendel und die Mittelfristige Finanzplanung. Durch Millionenprojekte fehle oft das Geld für kleinere Vorhaben und sie appelliert dafür, sich gemeinsam auf Prioritäten zu verständigen und auch an die künftigen Generationen zu denken.

I. Teilergebnishaushalt

Bildung und Sport

Stadträtin Münch (CDU) gibt bekannt, dass die CDU-Fraktion den Fortbestand der Stelle beim Naturkundlichen Bildungszentrum (NaBi) unabhängig von der Person als notwendig ansehe, da das NaBi Manpower brauche, um seine Aufgaben weiter leisten zu können. Deswegen plädiere sie dafür, die Stelle wieder einzufügen und entsprechend auszuscheiden.

Dies unterstützt Stadträtin Dr. Kochs (FWG), da diese Arbeit große pädagogische Bedeu-

tung habe, um Kindertagesstättengruppen und Schulklassen an die Naturwissenschaften heranzuführen. Sie würde es als wesentlichen qualitativen Verlust ansehen, wenn diese Stelle gerade in der Zeit des Umbaus wegfallen würde.

Auch Stadtrat Dr. Süslü (SPD) schließt sich dem an.

Bürgermeisterin Mann lässt wissen, dass sich der Arbeitskreis Naturkundliches Bildungszentrum darüber unterhalten habe, dass auf Wunsch von Herrn Dr. Jankov, dem Leiter des NaBi, die frühere bewährte Volontärin für einen bestimmten Zeitraum als Fachkraft angestellt worden sei. Nach dem Weggang dieser Dame habe sich die Verwaltung darauf verständigt, vor einer Stellenbesetzung erst abzuwarten, wie es mit dem Naturkundlichen Bildungszentrum weitergehen werde. Dann müsse auch entschieden werden, ob es sich um eine Volontariats-Stelle oder eine Stelle für eine pädagogische Fachkraft handeln solle. Vorgesehen sei gewesen, die gemeinsame Sitzung der Fachbereichsausschüsse Bildung und Soziales sowie Stadtentwicklung, Bau und Umwelt im März abzuwarten.

Stadträtin Münch (CDU) könnte sich auch eine befristete Stelle vorstellen, allerdings wolle sie nicht bis März warten, da im NaBi Unterstützung gebraucht werde.

Bürgermeisterin Mann spricht sich für eine Volontariats-Stelle aus, dabei gehe es um ein Ausbildungsverhältnis im musealen Bereich und dieses sei in der Regel auf zwei Jahre befristet.

Dieser Antrag von Stadträtin Dr. Graf (CDU) wird mit Stimmenmehrheit (bei 12 Ja-Stimmen)

beschlossen.

Zu diesem Thema folgen Ergänzungen, die in § 404 dieser Niederschrift dokumentiert sind.

Soziales

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) interessiert bei der Entwicklung der Kennzahlen der Sozial- und Jugendhilfe, weshalb sich der Anteil des Ambulanten Wohnens von 47 % 2015 auf 40 % 2016 verringert habe.

Bürgermeisterin Mann weist darauf hin, dass es für 2016 um Plan-Zahlen gehe und die Ist-Zahlen sicherlich höher liegen würden. Sie gehe davon aus, dass sich dies bereinige.

Erster Bürgermeister Bendel gibt bekannt, dass das Unterhaltsvorschussgesetz zum 1. Januar 2017 geändert werden solle, welches noch nicht in den Haushaltsplanentwurf 2017 eingearbeitet worden sei. Wenn dieses Gesetz wie geplant beschlossen werde, erfordere es eine Erhöhung um 4 Stellen im Sozialbereich und um 0,8 Stellen im Vollstreckungsbereich.

Die Verwaltung schlage im beschriebenen Fall vor, die Stellen auszuschreiben und zu besetzen und über den Nachtragshaushalt zu finanzieren. Dies werde ggf. im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales beschlossen werden.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) möchte wissen, ob die vorgesehenen Aufwendungen der Kommune vom Bund erstattet würden.

Erster Bürgermeister Bendel informiert, dass eine Beteiligung des Bundes an einem Drittel der Kosten in Aussicht gestellt worden sei.

Stadträtin Münch (CDU) betont die Bedeutung des Gesetzes für Alleinerziehende, auch wenn damit zusätzliche Kosten für die Kommune verbunden seien.

Es gehe nicht um Kritik an der Sache, stellt Oberbürgermeister Czisch klar.

Bürgermeisterin Mann spricht von einem Schritt in die richtige Richtung, da der Anteil der Kinder von Alleinerziehenden, die von Armut betroffen seien und oft auch mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, besonders hoch sei.

Stadtrat Eichhorn (FWG) fragt nach den Sanierungsarbeiten in der Meinlohsschule.

Diese würden erledigt, verspricht Oberbürgermeister Czisch.

Oberbürgermeister Czisch stellt fest, dass der Teilergebnishaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales ohne Widerspruch dem Gemeinderat mit der beschlossenen Änderung zur Beschlussfassung empfohlen wird.

II. Teilfinanzhaushalt

Bildung und Sport

Stadträtin Kühne (SPD) verweist auf die Sportentwicklungsplanung, bei der ein Defizit an Bädern festgestellt worden sei. Sie möchte wissen, wie die Verwaltung damit umgehen wolle und ob noch eine weitere Analyse benötigt werde.

Bürgermeisterin Mann hält fest, die Analysen würden aus ihrer Sicht auf dem Tisch liegen. Die Sportentwicklungsanalysen hätten einen gewünschten Bädermehrbedarf gezeigt. Die Zahl der Hallenbäder entspreche denen anderer Großstädte, dagegen gebe es in den anderen Städten mehr Freibäder. In diesem Segment habe die Nachbarschaft von Ulm eine relativ gute Infrastruktur und dies dürfe auch ein wenig in die Überlegungen mit einbezogen werden. Weitere Untersuchungen halte sie in diesem Bereich für unnötig.

Wenn im Frühjahr über die Hochbauprioritätenliste diskutiert werde, könne gefragt werden, ob 2018 die fünfgruppige Kindertageseinrichtung oder das zusätzliche Hallenbad wichtiger seien.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) kündigt einen Antrag seiner Fraktion zu diesem Thema an. Nach der Analyse fehle ein wettkampffähiges 50-Meter-Becken. Die Bürgerschaft wünsche sich ein Familienbad und es sollten verschiedene Standorte untersucht werden. Aus den Erfahrungen 2017 mit dem Wonnemar würden sich sicherlich auch Schlüsse ziehen lassen. Für eine ernsthafte Diskussion fehle allerdings noch eine Kostenschätzung.

Oberbürgermeister Czisch lobt die Idee, im nächsten Jahr zunächst zu beobachten.

Stadträtin Münch (CDU) schließt sich dem Vorschlag an, abzuwarten. Selbstverständlich gebe es Wünsche, aber es müsse auch die Realität gesehen werden und es dürften keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden.

Kinderbetreuung Ulm Städtische Kindertageseinrichtungen

Stadtrat Bühler (FWG) verweist darauf, dass sich die tatsächlichen Geburtenzahlen nicht an das Demografie-Gutachten gehalten hätten. Es stellten sich riesige Herausforderungen bei der Kinderbetreuung, da sowohl in Jungingen, Wiblingen als auch in Böfingen Plätze fehlten. Er halte eine zweite Ausbauoffensive auf gedämpftem Niveau für erforderlich und fragt, ob es sich bei den 100.000 € für den Anbau der Kita "Unter den Apfelbäumen" um die Planungsrate handle.

Dies bestätigt Bürgermeisterin Mann.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) verweist darauf, dass auf der einen Seite Gebäude errichtet und auf der anderen Seite das erforderliche Personal eingestellt werden müssten. Er regt an, über Stipendien nachzudenken.

Oberbürgermeister Czisch versichert, dass das Problem bekannt sei und Ulm einen guten Ruf als Arbeitgeber habe. Dies liege auch an den umfassenden Um-, Fort- und Weiterbildungen. Der weitere Bedarf an Kindertagesstätten-Plätzen müsse erst in den Fachgremien unter Berücksichtigung der begrenzten Kapazitäten diskutiert werden.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) hält es für eine der allerdringlichsten Aufgaben, die entsprechenden Kitaplätze zur Verfügung zu stellen.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) erinnert daran, dass es bei den Kitaplätzen um eine Pflichtaufgabe gehe.

Bürgermeisterin Mann informiert, dass weder die entsprechenden Grundstücke für eingeschossige Kitas, noch die nötigen Kapazitäten zur Verfügung stünden. Deswegen würden verschiedene Möglichkeiten mit Dritten geprüft.

Das Thema Erzieher und Erzieherinnen beschäftige die Verwaltung rund um die Uhr. Die Ausbildungsplätze im Bereich der praxisintegrierten Ausbildung seien ohne Anrechnung auf den Personalschlüssel deutlich erhöht worden. Dafür bedanke sie sich herzlich, denn dadurch könne leichter Nachwuchs akquiriert werden, den Erzieherinnen und Erzieher werde keine zusätzliche Arbeit aufgebürdet und die Kräfte seien in der Regel gut in der Praxis einsetzbar. Allerdings könne jede Einrichtung nur eine bestimmte Zahl von Auszubildenden verkraften.

Oberbürgermeister Czisch lobt das Modell der UWS, bei dem die Kita im unteren Geschoss des Gebäudes eingerichtet und in den oberen Stockwerken Wohnungen vorgesehen wür-

den. Allerdings brauche die UWS dafür Grundstücke und Baurecht.

Soziales

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) verweist auf die Unterkünfte für Flüchtlinge und Wohnungslose auf den Seiten 304 und 305 der GD 901/16. Im März habe der Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales beschlossen, die Wohnraum- und Übernachtungssituation für wohnungslose Menschen besonders der Frauen endlich zu verbessern und es sei einstimmig das Rahmenprogramm für die Aufstockung des Gebäudes Frauenstraße 123 auf einer Kostenannahme von 1,2 Mio. € beschlossen und die Verwaltung beauftragt worden, hier weiter zu planen. Es gebe einen Antrag der Stadträtinnen aller Fraktionen dies 2017 fortzuführen und im Haushaltsplanentwurf seien jedoch 150.000 € erst für 2019 vorgesehen. Sie sei der Meinung dieses Geld sollte bereits 2017 zur Verfügung stehen.

Bürgermeister von Winning unterstreicht, dass wenn ein anderes Vorhaben nach hinten geschoben werde, diese Maßnahme vorgezogen werden könne. Er schlägt vor, dies bei der Sitzung im März zu diskutieren.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) verweist auf die vorgesehenen Gelder für die Sanierung der Römerstraße 137 - 139 auf Seite 301 der GD 901/16, die momentan nicht gebraucht würden und für das Gebäude in der Frauenstraße verwendet werden könnten.

Dies sei nicht möglich, hält Oberbürgermeister Czisch fest.

Erster Bürgermeister Bendel informiert, dass sich die Lenkungsgruppe Haushalt auf eine Vorgehensweise verständigt habe, dass im Frühjahr 2017 ein Gesamtüberblick über alle Schwerpunkte und Maßnahmen vorgelegt werden solle. Bisher habe er nur Vorhaben gehört, die Vorrang hätten. Wenn nun einzelne Projekte vorgezogen werden sollten, könne die geplante Vorgehensweise nicht eingehalten werden.

Oberbürgermeister Czisch unterstreicht, dass es beim Übernachtungsheim um eine wichtige Sache gehe, die aber im Programm untergebracht werden müsse.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) erinnert daran, dass das Übernachtungsheim den Gemeinderat schon sehr lange begleite und endlich umgesetzt werden müsse. Sie fragt, ob Gelder wie für die Sportvorhaben zur Verfügung gestellt würden, wenn sich der Gemeinderat bei der Diskussion im März auf eine Priorisierung einige.

Oberbürgermeister Czisch verweist darauf, dass es im März um eine bestimmte Summe an Geld gehen werde, die anders verteilt werden könne. Es werde immer mehr gewünscht als umgesetzt werden könne. Wenn ein Vorhaben vorgezogen werden solle, müsse ein anderes, noch nicht begonnenes, zurückgestellt werden.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) regt an, die Gemeinderäte so früh als möglich mit einzubeziehen und bereits gemeinsam die Liste zu erstellen.

Erster Bürgermeister Bendel versichert, dass es sich bei der Aufstellung der Lenkungsgruppe um eine vorläufige Liste handeln werde.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) hält das gegenwärtige Übernachtungsheim mit 12- Personen-Räumen in einer Stadt wie Ulm für nicht entsprechend. Sie fragt, ob es keine Möglichkeiten gebe, Wohnungslose in freistehenden Räumen der vorläufigen Flüchtlingsunterbringung einzuquartieren.

Bürgermeisterin Mann geht auf das frühere "Notfallwohnen" in der Römerstraße ein, das momentan wieder genutzt werde, da sich die Flüchtlingsbelegung verringert habe. Dabei handle es sich aber um die Zielgruppe der Menschen, die wohnungslos geworden seien, aber bis dahin in einem festen sozialen Gefüge in einer Wohnung gelebt hätten. Glücklicherweise würden aufgrund der guten Arbeit der Fachkräfte der Schuldnerberatung nur wenige Notfallwohnplätze gebraucht.

Dagegen hätten die Menschen des Übernachtungsheims teilweise schon sehr lange keinen festen Wohnsitz mehr gehabt und würden sich in einem völlig anderen sozialen Umfeld befinden. Sie könne sich schon vorstellen, nochmals daran zu arbeiten für diese Frauen eine Lösung zu finden und dafür möglicherweise eine andere Liegenschaft vorübergehend nutzbar zu machen. Allerdings bräuchten diese Menschen auch Betreuung. Sie sei offen dafür, dies als Auftrag mitzunehmen.

Oberbürgermeister Czisch hält es für sozialpolitisch sehr wichtig, wenn Wohnraum für Geflüchtete nicht benötigt werde, für Menschen vorzusehen, die von Obdachlosigkeit bedroht seien.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) beklagt, dass schon viel zu lange über die Verbesserungen geredet werde und nichts passiere. Sie sei weiterhin der Meinung, dass 2017 ein Betrag von 150.000 € vorgesehen werden müsse.

Bürgermeister von Winning appelliert dafür, keine Planungsgelder einzustellen, wenn klar sei, dass noch nicht gebaut werden könne. Es werde sehr viel gebaut und dies könne nur umgesetzt werden, wenn die Konzentration auf den Dingen liegen könne, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollten.

Oberbürgermeister Czisch bittet darum, über diesen Antrag nicht abstimmen zu lassen, da niemand gegen das Übernachtungsheim sei.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) teilt mit, dass er die Auskunft erhalten habe, dass die ausstehenden Maßnahmen in der Römerstraße nicht ganz zeitkritisch seien und so der Vorschlag entstanden sei, die Vorhaben zu tauschen.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) möchte wissen, ob beide Projekte Gegenstand der Diskussion im März seien, denn dann könnte im Gesamtzusammenhang diskutiert werden.

Dies bejaht Oberbürgermeister Czisch.

Stadträtin Münch (CDU) schlägt vor, darüber abzustimmen, ob heute oder erst im März über das Übernachtungsheim diskutiert werden solle.

Oberbürgermeister Czisch stellt zur Abstimmung, sich im März weiter mit dem Übernachtungsheim zu beschäftigen.

Dieser Antrag wird mit Stimmenmehrheit (bei 10 Ja-Stimmen)

angenommen.

Stadtrat Bühler (FWG) fragt nach den Neubauten weiterer Flüchtlingsunterkünfte auf Seite 316 der GD 901/16.

Dabei gehe es um ein Sofortprogramm für die Ortschaften, verdeutlicht Bürgermeister von Winning, welches voraussichtlich nicht vollständig umgesetzt werde.

Danach wird der Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales, Widerspruch wird nicht erhoben, dem Gemeinderat mit den beschlossenen Änderungen zur Beschlussfassung empfohlen.

III. Zuschussverzeichnis

Oberbürgermeister Czisch verweist auf Seite 469 ff. der GD 901/16 und die Neufassung der GD 905/16.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) geht auf den Zuschuss für den Arbeitskreis Ausländische Kinder e. V. auf Seite 6 der GD 905/16 ein, der mit zahlreichen Ehrenamtlichen wichtige Arbeit leistet und einen entsprechenden Zuschuss benötigt. Er stellt den Antrag zusätzlich zu den bisher bewilligten 25.000 € noch die weiteren vom Verein beantragten 15.000 € zu beschließen.

Dieser Antrag wird einstimmig

beschlossen.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) verweist auf den Antrag der AIDS-Hilfe Ulm/Neu-Ulm/Alb-Donau e.V. auf Seite 10 der GD 905/16 auf eine Stelle zur Förderung des Ausstiegs aus der Prostitution. Die Verwaltung befürwortet, statt der beantragten 60.000 € nur 35.000 €. Dies reiche für diese vor allem aufsuchende Arbeit, die nicht alleine vorgenommen werden sollte, ihrer Meinung nach nicht und sie beantragt, auch die weiteren 25.000 € zu bezuschussen.

Dieser Antrag wird mit Stimmenmehrheit (bei 10 Ja-Stimmen)

beschlossen.

Stadträtin Malischewski (FWG) spricht von keiner einfachen Geschichte und möchte darüber unterrichtet werden, wie die Arbeit verlaufe.

Oberbürgermeister Czisch warnt davor, lange Dokumentationen zu verlangen.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) vermutet, dass durch das neue Prostitutionsschutzgesetz noch Einiges auf die Stadt zukommen werde.

Oberbürgermeister Czisch spricht von der schlimmsten Form der organisierten Kriminalität. Die AIDS-Hilfe Ulm/Neu-Ulm/Alb-Donau e.V. könne hier sicherlich am kompetentesten mit dem Thema umgehen.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) schlägt vor, im Hauptausschuss darüber zu reden, da Ulm ein Oberzentrum mit allen Begleiterscheinungen wie dem horizontalen Gewerbe sei und als Kommune eine gewisse Verpflichtung habe, zumal in diesem Bereich auch Steuern erhoben würden.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) spricht den abgelehnten Zuschuss für die Kulturloge Ulm/Neu-Ulm/Alb-Donau-Kreis e.V. auf Seite 7 der GD 905/16 an. Hierbei gehe es um einen sinnvollen Ansatz zum Thema Teilhabe.

Bürgermeisterin Mann gibt bekannt, dass dem Antrag von Verwaltungsseite nicht stattgegeben worden sei, da nach den städtischen Zuschussrichtlinien das Eigenkapital des Vereins im Vergleich zum Umsatz zu hoch sei. Sie schlägt vor, nochmals zu diskutieren, wenn die Rücklage aufgebraucht worden sei.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) informiert, dass der Antrag aus formalen Gründen zurückgezogen werde.

Oberbürgermeister Czisch regt an, dies im Fachbereichsausschuss zu klären.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) unterrichtet, dass die Indexierung im Vorfeld angesprochen und von der Verwaltung nicht befürwortet worden sei. Seine Fraktion spreche sich für eine 3-prozentige Indexierung aus.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) macht deutlich, dass ihre Fraktion bei einer 3-prozentigen Indexierung das Problem sehe, dass das Polster Jahr für Jahr größer werde. Ihrer Meinung nach sollte dies jährlich an die entsprechende Wirtschaftslage angepasst werden. Einer Indexierung von 1 ½ Prozent könne sich ihre Fraktion anschließen.

Oberbürgermeister Czisch erinnert daran, dass in der Vergangenheit eine Indexierung von 3 Prozent erfolgt sei, wenn es etwas aus den vergangenen Jahren aufzuholen gegeben habe. Bei den Energiekosten sei eine andere Lösung gefunden worden. Die Inflation tendiere gegenwärtig gegen Null. Eine Sachbegründung könnten allenfalls die Personalkosten sein und diese stiegen in der Regel über den Durchschnitt von Zuschüssen auch nicht über 1 Prozent. Bei einem echten Ausgleich gehe es nicht einmal um 1 Prozent. Hier sei die Maßstäblichkeit entscheidend und für 3 Prozent gebe es keine wirtschaftliche Begründung.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) geht auf die Beratungen im Ältestenrat ein und macht deutlich, dass er sich eine Indexierung von 1 ½ Prozent ebenfalls vorstellen könnte und möchte wissen, ob dies dann für alle Zuschussempfänger gelten würde.

Oberbürgermeister Czisch erläutert, es würde in gleicher Weise wie in den vergangenen

Jahren vorgegangen werden, welches bedeute, dass es bis auf ein paar Ausnahmen für jeden Zuschussempfänger die Erhöhung geben würde.

Der Antrag auf eine 1 1/2prozentige Indexierung wird einstimmig

beschlossen.

Stadtrat Eichhorn (FWG) stellt fest, dass es beim Sport seit Jahren keine Erhöhung der Zuschüsse gegeben habe.

Daraufhin hält Oberbürgermeister Czisch ohne Widerspruch fest, dass das Zuschussverzeichnis mit den beschlossenen Änderungen dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, BS, SO, KITA, KIBU, R 2, C 2, FB- Personalrat, ZS/F, RPA, ZS/P, OV (8), 902/0

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Kultur
des Gemeinderats

vom 29. November 2016

öffentlich

§ 405

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2017
für den Fachbereich Kultur

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November 2016 (§ 409) aufgeführt.

I. Teilergebnishaushalt

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, erläutert Erster Bürgermeister Bendel die Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2017 (GD 904/16).

Oberbürgermeister Czisch stellt daraufhin die wichtigsten Eckdaten des Teilergebnishaushalts vor.

1. Verschiedenes

Stadträtin Dr. Engels (SPD) trägt vor, die Ulmer Kultur habe in diesem Jahr viel geboten, wie etwa den Jugendorchesterwettbewerb oder die Konzerte in den Ulmer Kirchen. Daneben seien Erfolgserlebnisse wie der Kulturentwicklungsplan angestoßen worden, auf welche aufgebaut und durch welche Synergieeffekte erzielt werden können.

Stadtrat Schmauder (CDU) geht auf die Schwerpunkte der CDU-Fraktion im Bereich Kultur ein. Bei der Finanzplanung werde das Depot eine bedeutende Rolle spielen. Hier müsse schnell gehandelt werden, da es um die kulturellen und historischen Schätze Ulms gehe.

Werden diese Schätze nicht bestmöglich behandelt, so gehen sie vielleicht unwiederbringlich verloren. Wollen Veränderungen auch im Hinblick auf die bis 2020 bisher nicht im Haushalt enthaltenen Maßnahmen vorgenommen werden, zu welchen auch eine Erweiterung/Sanierung oder andere Umgestaltung des Ulmer Museums gehört, so ist das Depot die Grundvoraussetzung dafür. Nur so können Ausstellungsstücke zwischengelagert werden.

Die Ergebnisse der Kulturentwicklungsplanung werden in der nächsten Sitzung des Fachbereichsausschusses Kultur diskutiert. Dabei müsse auch für die Wilhelmsburg eine langfristige Entscheidung getroffen werden, insbesondere welches Konzept und welcher zeitliche Horizont infrage kommen. Zudem müsse verstärkt über die Sichtbarkeit der Kultur im öffentlichen Raum diskutiert werden. Dazu gehöre auch die Schaffung von Raum für freie Kulturträger (welche Areale an welchen Orten). Der Förderpreis Junge Ulmer Kunst und die Förderung im Tanzbereich seien zu begrüßen.

Das Thema Digitalisierung müsse gerade beim Stadtarchiv und bei der Stadtbibliothek angegangen werden. Des Weiteren werde die Diskussion um Ulm als Kulturhauptstadt Europas erneut geführt und beurteilt werden müssen. Ziel müsse es sein, Menschen für Kultur zu begeistern, vorhandenes Interesse auszubauen und Besucherzahlen zu steigern. Bei den städtischen Kulturinstitutionen mit ihren erfahrenen Teams sei Ulm gut aufgestellt. Seine Fraktion freue sich im neuen Jahr auf die Zusammenarbeit mit den zukünftigen Verantwortlichen des Museums, Theaters und der Musikschule sowie auf die Arbeit mit den Akteuren der freien Kulturszene.

Stadträtin Malischewski (FWG) führt aus, Ulm biete ein vielfältiges kulturelles Angebot. Das Depot werde eine zu bewältigende Aufgabe sein, auch wenn der Haushalt derzeit davon noch nicht berührt wird. Bevor eine diesbezügliche Entscheidung herbeigeführt wird, werde zunächst die Projektentwicklungsgesellschaft Ulm mbH mögliche Standorte untersuchen. Die Qualität des Philharmonischen Orchesters am Theater Ulm sei hervorragend, sodass eine Klassifizierung in ein B-Orchester angegangen werden solle.

Ihre Fraktion nehme Abstand von der Idee, Ulm solle sich als Kulturhauptstadt Europas bewerben. Schon allein der finanzielle Aufwand für die Bewerbung sei so hoch, dass das dafür benötigte Geld zwangsläufig bei anderen Kulturprojekten eingespart werde. Ulm dürfe gerne als Kulturstadt an der Donau ausgebaut werden, nicht aber als Kulturhauptstadt Europas. Dieses Ziel sei zu hoch gegriffen.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) zeigt bezüglich der Kulturentwicklungsplanung auf, in der Ulmer Kultur müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Dazu gehöre auch die Diskussion um eine mögliche Bewerbung Ulms als Kulturhauptstadt Europas.

Stadträtin Dr. Engels (SPD) geht davon aus, dass das Thema Ulm als Kulturhauptstadt Europas im nächsten Jahr erneut betrachtet werden sollte. Ulm zeichne sich durch den Löwenmenschen und seine Aktivitäten entlang der Donau aus. Diese Alleinstellungsmerkmale könnten im Rahmen einer Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas optimal vermarktet werden.

2. Ulmer Museum

Stadträtin Malischewski (FWG) spricht den Antrag Nr. 141 ihrer Fraktion vom 15. November 2016 (Freien Eintritt ins Ulmer Museum für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren) an. Im Rahmen des Unterrichts würden Schulklassen das Ulmer Museum besuchen und dafür neben dem Eintritt auch noch die Gebühr für eine Führung entrichten müssen. Eine solche Handhabung könne nicht im Sinne der Stadt sein. Die finanziellen Auswirkungen durch entgangene Erträge seien zu verkraften. Für das beim Ulmer Museum angefallene Defizit solle eine Lösung gefunden werden. Die neue Museumsleiterin Frau Dr. Dathe solle nicht zwangsläufig mit Altlasten in ihrem Amt empfangen werden.

Stadträtin Dr. Engels (SPD) teilt mit, die inhaltliche und personelle Entwicklung im Ulmer Museum sei besonders erfreulich gewesen, auch bei den während der Intersimszeit gezeigten Ausstellungen. Die neue Museumsleiterin Frau Dr. Dathe wolle das Ulmer Museum gerade im Bereich Marketing voranbringen. Den Antrag der FWG-Fraktion trage sie mit. Sie würden diesen Antrag jedoch gerne erweitern: An Sonntagen solle der Eintritt für die begleitenden Erwachsenen 1 € betragen, damit sich auch ganze Familien den Eintritt leisten können. Daneben sei es sinnvoll, im Haushalt eine Planungsrate von 50.000 € einzustellen, um die von Frau Dr. Dathe baulich angestrebte Veränderung im Ulmer Museum zügig beginnen zu können.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) bemerkt, es sei keine gute Lösung, mit einem einhergehenden Leitungswechsel bei städtischen Kultureinrichtungen gleichzeitig auch einen finanziellen Mehraufwand herbeizuführen. Die Probleme des Ulmer Museums könnten nicht durch eine Anpassung der Eintrittsgelder gelöst werden. Um das Ulmer Museum wieder attraktiv zu gestalten, müssten sich andere Dinge ändern. Sie sei zuversichtlich, dass dies mit der neuen Museumsleiterin Frau Dr. Dathe gelingen könne.

Bürgermeisterin Mann lässt wissen, der Antrag Nr. 141 der FWG-Fraktion werde sich finanziell durch entgangene Erträge von ca. 7.200 € pro Jahr auswirken. Allerdings solle bei einer Führung von Schulklassen das Entgelt von 2 € pro Kind beibehalten werden. Sie könne sich für das Defizit des Ulmer Museums eine ähnliche Regelung wie bereits beim Theater Ulm vorstellen. Das Defizit werde dann bei einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Raten abgebaut. In diesem Zusammenhang werde dann auch über die Budgetausstattung insgesamt diskutiert werden müssen.

Oberbürgermeister Czisch fügt an, gerade bei Planungsdaten der Baumaßnahmen gelte es Prioritäten zu setzen. Nicht alle erforderlichen Maßnahmen können gleichzeitig angegangen werden. Es stehe schließlich noch eine schnelle, pragmatische und kostengünstige Lösung für das Depot aus. Eine Anpassung der Eintrittsgelder müsse über eine Änderung der Entgeltordnung des Ulmer Museums im Fachbereichsausschuss Kultur beschlossen werden.

Stadträtin Schuler (CDU) schlägt vor, die Handhabung des FWG-Antrags der neuen Museumsleiterin Frau Dr. Dathe zu überlassen und heute möglichen Vorschlägen ihrerseits nicht vorzugreifen. Frau Dr. Dathe lege immerhin großen Wert auf die Museumspädagogik.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) regt an, die Anpassung der Eintrittsgelder zusammen mit der ohnehin notwendigen Aufwertung bei der Attraktivität des Ulmer Museums (z.B. Anpassung

Öffnungszeiten) anzugehen.

Stadträtin Malischewski (FWG) nimmt daraufhin den Antrag Nr. 141 für die heutige Abstimmung zurück. Der Antrag werde jedoch solange aufrechterhalten, bis er durch Frau Dr. Dathe im Rahmen ihrer Vorschläge zur Optimierung des Ulmer Museums beantwortet wird.

Des Weiteren spricht sie die in der Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2017 (GD 904/16) veranschlagten Mittel für das Projekt "Volkswagenstiftung" an.

Herr Wehrberger (kommissarische Museumsleitung) zeigt auf, dieses Projekt werde komplett von der Volkswagenstiftung getragen und wirke sich durch diese Gegenfinanzierung kostenneutral auf den städtischen Haushalt aus.

3. Theater Ulm

Auf Nachfrage von Stadträtin Zehendner (FWG) legt Bürgermeisterin Mann dar, die finanziellen Auswirkungen der neuen Bestuhlung am Ulmer Theater seien im Nachtragshaushalt enthalten.

4. Stadtbibliothek Ulm

Stadtrat Joukov (GRÜNE) und Stadtrat Bühler (FWG) erkundigen sich nach dem aktuellen Sachstand bei der Neubeschaffung eines Bücherbusses für die Fahrbibliothek.

Bürgermeisterin Mann und Herr Szlatki (Leiter der Stadtbibliothek Ulm) geben zu verstehen, der Antrag auf Neuanschaffung sei beim Beschaffer (Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm - EBU) gestellt worden und dort in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen. Die Bibliothek miete das Fahrzeug dann an. Eine Realisierung werde im Jahr 2020 angestrebt.

Anschließend hält Oberbürgermeister Czisch ohne Widerspruch fest, dass der Teilergebnishaushalt Kultur dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen wird.

II. Teilfinanzhaushalt

Oberbürgermeister Czisch erläutert kurz den Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Kultur.

Stadtrat Bühler (FWG) macht deutlich, die Wilhelmsburg solle als möglicher Standort für das Depot nicht weiter verfolgt werden. Ihn interessiert, ob es bei der Sanierung des Ulmer Theaters einen weiteren Bauabschnitt geben wird.

Stadträtin Malischewski (FWG) möchte wissen, was unter dem Posten "Umbau Rollregallager Pionierkaserne" zu verstehen ist.

Bürgermeisterin Mann gibt an, beim Theater handle es sich um den letzten Bauabschnitt. Das Archiv habe aus dem laufenden Verwaltungsbetrieb viele Akten übernehmen müssen. Um die mittlerweile ausgeschöpfte Lagerkapazität in der Pionierkaserne zu erweitern, werden platzsparende Rollregale beschafft.

Oberbürgermeister Czisch stellt daraufhin ohne Widerspruch fest, dass der Teilfinanzhaushalt Kultur dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen wird.

III. Zuschussverzeichnis

Oberbürgermeister Czisch verweist auf das Zuschussverzeichnis und auf die Liste der weitergehenden Zuschussanträge.

Stadträtin Dr. Engels (SPD) spricht den in der Liste der weitergehenden Zuschussanträge (GD 905/16) enthaltenen Antrag der Europäischen DonauAkademie gGmbH (EDA) an. Sie beantragt, entgegen dem Verwaltungsvorschlag dem Antrag der EDA zu entsprechen und den Zuschuss um die geforderten 23.500 € auf insgesamt 40.000 € zu erhöhen. Die EDA habe zusammen mit der Stadt Ulm bei dem Projekt über die europäischen Donaukulturtagungen die Federführung und müsse für die Durchführung einen Eigenanteil erbringen. Es sei wichtig, dass die EDA auch weiterhin die Treffen für Donaukulturkonferenzen mit organisieren kann. Insgesamt sei das Projekt auf zwei Jahre mit 1,8 Mio. € über europäische Mittel genehmigt worden. Dennoch müsse die EDA als Mitorganisator einen kleinen Eigenanteil erbringen, welcher durch eine Zuschusserhöhung gesichert wäre.

Oberbürgermeister Czisch betont, die von Stadträtin Dr. Engels vorgebrachte Begründung liege der Verwaltung so nicht vor. Die EDA erhalte von der Stadt Ulm einen Zuschuss für Miete und Betriebskosten. Die von der EDA darüber hinaus beantragten Mittel für Projekte werden nicht gewährt, da diese bereits im Rahmen des Donaufestes bezuschusst werden. Die Begründung für die geforderten weiteren 23.500 € sei nicht identisch mit dem heutigen Antrag von Stadträtin Dr. Engels. Für den Antrag könne nur eine Begründung gelten.

Frau Neumeister (Leiterin der Kulturabteilung) pflichtet dem bei.

Stadträtin Dr. Engels (SPD) zieht daraufhin ihren Antrag zurück.

Im Anschluss daran hält Oberbürgermeister Czisch ohne Widerspruch fest, dass das Zuschussverzeichnis des Fachbereichs Kultur (einschließlich einer Indexierung von 1,5 %; siehe Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November 2016, § 409) dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
des Gemeinderats
vom 30. November 2016

öffentlich

§ 407

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2017
für den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Die den Mitgliedern des Gemeinderates zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November 2016 (§ 409) aufgeführt.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, erläutert Erster Bürgermeister Bendel die Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2017 (GD 904/16).

Stadtrat Bühler (FWG) führt an, dass man im Jahre 2017 rund 130 Mio. € investieren wolle. Deshalb sei Zurückhaltung bei neuen Projekten angezeigt. Man müsse sich auf das konzentrieren, was bereits beschlossen wurde und dies jetzt umsetzen. Jedoch müsse man sich auf den Weg machen und neue Ideen entwickeln und in die Zukunft denken.

Auch Stadträtin Schuler (CDU) hat den Wunsch, dass man zuerst die Themen, die bereits im Haushalt stehen, abarbeite, bevor man neue Themen aufrufe.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) bittet, ein kommunales Sanierungsprogramm aufzulegen.

Oberbürgermeister Czisch legt dar, dass man in Ulm frühzeitig ein Wirtschaftsimpulsprogramm (WIP) aufgelegt habe und sich um diese Themen gekümmert habe. Alle sprechen sich dafür aus, den Schwerpunkt auf die Sanierungen zu legen, aber im Endeffekt werde vor allem neue Infrastruktur geschaffen.

Im März 2017 werde dann der Showdown bei der Diskussion der Prioritätenliste erfolgen.

Erster Bürgermeister Bendel macht deutlich, dass das, was bereits im Haushaltserlass des Landes enthalten sei, bei der Haushaltsplanung berücksichtigt wurde. Bei den anderen Punkten müsse man noch warten, wie das auf die kommunale Ebene herunter gebrochen werde.

Personal

Stadtrat Bühler (FWG) bitte bezüglich der Personalgewinnung darzulegen, wie viele offene Stellen es im Baubereich gebe.

Bürgermeister von Winning führt aus, dass man aktuell keine offenen Stellen habe, außer denen, die sich gerade im Ausschreibungsverfahren befinden. Man sei bei den meisten Ausschreibungen fündig geworden, auch wenn es nicht immer ganz einfach gewesen sei.

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) sieht bei den Stellenbesetzungen das Problem, dass man durch die vielen Stellen, die befristet oder projektbezogen seien schwer geeignetes Personal gewinnen könne. Man habe deshalb den Wunsch, die Stellen unbefristet auszuschreiben.

Oberbürgermeister Czisch hebt hervor, dass man sich am Markt orientiere.

Bürgerbeteiligung

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) hält fest, dass man noch nie so viel gebaut habe wie in der letzten Zeit. Deshalb gebe es auch einen großen Bedarf an Beteiligungsprozessen. Sie habe im Fachbereichshaushalt jetzt aber keine Position für die Beteiligungsprozesse gefunden.

Oberbürgermeister Czisch bringt vor, dass man mit Beteiligungsplattformen in vielen Bereichen unterwegs sei. Die Beteiligungsprozesse müssen aber effizient sein und am Ende des Dialogs müsse dann auch ein Ergebnis stehen. Deshalb sei man gerade dabei, den Bürgerdialog zu standardisieren. Das ganze Thema werde auch die Arbeit des Gemeinderats verändern.

Bürgermeister von Winning macht deutlich, dass bei den großen Vorhaben die Bürgerbeteiligung im Haushalt bei den Projekten enthalten sei. Für einzelne Vorhaben, wie z.B. der Bebauung in Wiblingen, mache man dies im laufenden Betrieb und deshalb sei kein extra Haushaltstitel erforderlich.

Oberbürgermeister Czisch sagt für nächstes Jahr einen Bericht zu.

Man sei zurzeit dabei, ein Anliegenmanagement aufzubauen. Hier sei die Öffentlichkeitsarbeit, Herr Bergmann, federführend tätig.

Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt

Zentrales Gebäudemanagement

Stadträtin Kühne (SPD) spricht den Energieverbrauch in Höhe von rund 41 Mio. kWh an. Sie bittet darzulegen, wie weit man mit der energetischen Sanierung des städtischen Gebäudebestands sei. Gleiches gelte für die Barrierefreiheit bei städtischen Gebäuden.

Der Leiter des Zentralen Gebäudemanagements, Herr Michnick, stellt dar, dass man jedes Jahr 1 Mio. € für die energetische Sanierung einstelle. Man setze das Ulmer Energieprogramm sowie das beschlossene Photovoltaik-Programm um.

Bürgermeister von Winning sagt eine Zusammenstellung der Maßnahmen zu.

Zur Barrierefreiheit führt Herr Michnick aus, dass man kein eigenes Programm für die Barrierefreiheit habe. Bei allen Großsanierungen und Neubauten setze man die gesetzlichen Vorgaben um. Barrierefreiheit sei aber mehr als rollstuhl- oder rollatorgerecht. Es betreffe z.B. auch Sehbehinderte oder Blinde. Dies sei ein großes Feld. Man habe diese Themen bei den Baumaßnahmen immer im Blick.

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) bittet um eine nachvollziehbare und ehrliche Darstellung, wenn es um die Abwägung Neubau/Sanierung gehe. Bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung müsse auch die "graue Energie" ihren Niederschlag finden.

Stadträtin Niggemeier (GRÜNE) bittet darzulegen, ob im Baugebiet am Egginger Weg eine Kindertagesstätte geplant sei.

Bürgermeisterin Mann erwidert, dass man gerade das Demografie-Gutachten auswerte und hier dann kleinräumig schaue, wo Kindergärten erforderlich seien. Man werde dieses Thema, wenn die Ergebnisse vorliegen, in der Lenkungsgruppe Kita besprechen.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Stadtrat Bühler (FWG) weist darauf hin, dass man hier die gesetzlichen Vorgaben umsetzen müsse.

Bürgermeister von Winning legt dar, dass im Haushalt Mittel für die Technik enthalten seien. Man müsse dann auch noch die räumliche Situation betrachten. Die Themen können aber nur zusammen mit dem Alb-Donau-Kreis angegangen werden.

Stadtplanung, Umwelt, Baurecht

Umwelt- und Stadtplanung

Stadtrat Bühler (FWG) führt aus, dass es bei der Wohnbaudebatte u.a. darum ging, preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Jetzt müsse man hier Ideen sammeln, wie man dies umsetzen wolle.

Bürgermeister von Winning macht deutlich, dass man sich bezüglich der Wohnbaudebatte in Diskussion mit den Wohnbauträgern befinde. Man spreche hier nicht nur über das preisgünstige Wohnen sondern auch über viele anderen Themen, wie z.B. soziale Mischung, Nutzungsmischung und Mobilitätsfragen innerhalb eines Quartieres. Man werde voraussichtlich im März 2017 die nächste Wohnbaudebatte führen und hier die betreffenden Themen aufgreifen.

Stadträtin Malischewski (FWG) spricht die Innenentwicklung an. Sie möchte wissen, was mit dem Grundstück am Eingang der Reutlinger Straße, welches für ein Familienzentrum vorgesehen war, passiere. Ihrer Meinung nach, könnte man hier die dringend benötigten Kindergartenplätze realisieren.

Bürgermeisterin Mann entgegnet, dass es hier einen Sachbeschluss für die Errichtung einer Sozialraum-Kita gebe. Diese Maßnahme wurde aber aufgrund anderer Prioritäten bis dato noch nicht angegangen. Man werde auch über dieses Thema im Frühjahr bei der Prioritätenliste reden müssen.

Stadtrat Bühler (FWG) stellt dar, im Flächennutzungsplan habe man noch ausgewiesene Flächen für Wohnungsbau. Viele der Flächen seien jedoch noch nicht in städtischem Besitz. Im Umland gebe es Gemeinden, die keine Flächen mehr haben. Es gelte das Verhältnis Umlandgemeinde zur Stadt wieder zu beleuchten und die Lasten entsprechend zu verteilen.

Stadträtin Kühne (SPD) spricht den City-Bahnhof an. Sie geht hier im speziellen auf den Antrag der SPD-Fraktion ein (Antrag 148 vom 23. November 2016). Bezüglich der Herstellung des barrierefreien Zugangs zu den Gleisen müsse man jetzt öffentlichen Druck auf die Bahn ausüben.

Bürgermeister von Winning erwidert, dass mit den Abgängen vom Steg auf die Gleise im Jahre 2017 begonnen werde. Die Planung sei fertig, die Ausschreibung laufe. Es sollen alle Bahnsteige mit Abgängen und Aufzügen erschlossen werden.

Stadträtin Kühne (SPD) findet dies nicht ausreichend. Sie möchte auch die barrierefreie Erschließung der Gleise über die Bahnhofshalle/Passage.

Oberbürgermeister Czisch ergänzt, dass man bei der Erschließung über die Bahnhofshalle aufpassen müsse. Wenn man hier zu viel mache, dann könnte es möglich sein, dass die Bahn kein neues Bahnhofsgebäude ins Auge fasse.

Stadtrat Keppler (CDU) legt dar, dass die barrierefreie Erreichbarkeit der Gleise über den Steg bereits im städtebaulichen Wettbewerb enthalten gewesen sei. Herr Grube von der Bahn habe Alt-Oberbürgermeister Gönner die Abgänge zugesagt. Man habe bereits für die Passage Vorleistungen erbracht und für rund 6 Mio. € die kleine Blau verlegt.

Bürgermeister von Winning führt weiter aus, dass auch das Parkhaus an der Schillerstraße bereits in Planung sei.

Oberbürgermeister Czisch merkt an, dass dieses Parkhaus zusammen mit den Abgängen vom Steg entscheidende Punkte seien, um eine Entlastung des Bahnhofsvorplatzes erreichen zu können.

Man wolle alle nicht benötigten Bahngleise von der Bahn für die Stadtentwicklung erwerben.

Er sagt einen Bericht im Ausschuss zu.

Bauordnung

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) wundert sich über die Anzahl der Baugenehmigungen und Kennntnisgabeverfahren. Sie spiegeln ihrer Meinung nach nicht die Ziele der Wohnbaudebatte wieder.

Bürgermeister von Winning verdeutlicht, dass die Anzahl der Baugenehmigungen nur begrenzt aussagekräftig seien. So sei z.B. für das ganze Sedelhofprojekt lediglich eine Baugenehmigung erforderlich. Deshalb könne an dieser Zahl nicht die Anzahl der Wohneinheiten abgelesen werden, die man realisiere.

Umweltrecht

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) vertritt die Meinung, dass man beim Klimaschutz die Anstrengungen weltweit extrem verstärken müsse.

Stadtrat Keppler (CDU) legt dar, beim Hochwasserschutz und beim Thema Starkregen müsse man in Zusammenarbeit mit den Ortschaften eine Konzeption erarbeiten.

Stadträtin Dr. Dahlbender (SPD) vermisst Mittel und Maßnahmen für den Hochwasserschutz auch in Bezug auf die Starkregenereignisse.

Bürgermeister von Winning merkt zum Hochwasserschutz an, dass man zugesagt habe, 2017 mit einem Verfahrensvorschlag in den Ausschuss zu kommen. In Einsingen sei man gerade dabei, das Thema Rötelbach mit einem externen Büro umzusetzen. Die Mittel für den Grunderwerb seien bei der Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung enthalten.

Verkehrsplanung, Straßenbau, Grünflächen, Vermessung

Straßen und Brücken

Bürgermeister von Winning legt bezüglich des Straßenunterhalts dar, dass man hier versuche, aussagekräftigere Kennzahlen zu entwickeln.

Der Controller beim Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt, Herr Pawlak, macht deutlich, wenn man die Sondermittel "Starkregen" herausnehme, liege man beim Unterhalt auf gleichem Niveau wie in den letzten Jahren.

Stadtrat Bühler (FWG) lobt, dass jetzt die Ochsengasse in Söflingen wieder in den Haushalt aufgenommen wurde. Er habe die Bitte, dass 2017 dieses Vorhaben dann auch umgesetzt werde.

Die Straßen in der Stadt seien teilweise in einem verheerenden Zustand. Hier müsse man etwas machen.

Stadträtin Niggemeier (GRÜNE) spricht sich dafür aus, erst die vorhandenen Straßen zu sanieren bevor man Neubaumaßnahmen in Angriff nehme.

Bürgermeister von Winning merkt an, dass die Ochsengasse im Haushalt enthalten sei. Es werde aber eine Prioritätenliste geben und der Gemeinderat müsse dann diese Maßnahme hier einordnen und die Abwägung treffen.

Stadtrat Keppler (CDU) spricht die Straßen- und Brückensanierungen an. Bei der bautechnischen Umsetzung der Sanierungen bzw. dem Neubau z.B. der Adenauer Brücke brauche man eine funktionierende Umleitung. Dies werde ein spannendes Thema. Hier könnte seiner Meinung nach ein Durchstich Blautal/Donautal sehr hilfreich sein.

Stadträtin Malischewski (FWG) ist für einen Masterplan Brückensanierung.

Oberbürgermeister Czisch legt dar, dass die Brücken ein großes Thema für die nächsten Jahre sein werden. Man werde dieses Thema bei der Diskussion der Prioritätenliste aufrufen.

Bürgermeister von Winning hebt hervor, dass man 2016 den Brückenzustandsbericht gegeben habe, 2017 werde dann der Straßenzustandsbericht erfolgen. Dieser sehe nicht besser aus. Man habe jedes Jahr 10 Mio. € für die Brücken- und Straßensanierungen vorgesehen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) ist der Ansicht, dass man die Projekte nach der Dringlichkeit abarbeiten müsse.

Stadträtin Schuler (CDU) spricht die Sanierung der Einsteinstraße an. Sie bitte im Ausschuss darzulegen, was hier angedacht sei.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) legt dar, dass es hier nicht nur um die Einsteinstraße, sondern auch um die Verlängerung, also die Herrlinger Straße, gehe.

Stadtrat Walter (CDU) spricht die Ortsdurchfahrt Donaustetten, L 240, an. Man müsse hier für die Bürger ein Zeichen setzen und unter Beteiligung des Ortschaftsrats die Planung überarbeiten und 2018, in einem Bauabschnitt, umsetzen.

Oberbürgermeister Czisch legt dar, dass man dies im Arbeitsprogramm kläre und dann entsprechend priorisieren müsse.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) führt zur L 240, Abschnitt Unterweiler, aus, dass sich hier ein Unfallschwerpunkt entwickelt habe. Der Ortschaftsrat und die Bürger fordern hier einen Kreisverkehr. Man werde dies noch in einem schriftlichen Antrag formulieren.

Oberbürgermeister Czisch sagt zu, die Punkte zusammenzufassen und dann im Ausschuss einen Bericht zu geben.

Stadträtin Malischewski (FWG) spricht die Beleuchtung des Parkplatzes hinter dem Gefängnis an. Dieser Platz sei als Park & Ride-Platz ausgewiesen. Man müsse etwas unternehmen, um die Sicherheit zu erhöhen. Gleiches gelte für die mangelnde Beleuchtung beim Parkplatz Stockmahd.

Oberbürgermeister Czisch sagt hier eine schriftliche Antwort zu.

Stadtrat Keppler (CDU) spricht Lob für die Reinigung des Bahnsteiges aus, jedoch könnte man bei der Aufzugsreinigung noch nachbessern.

Stadträtin Malischewski (FWG) geht auf die Parkierungseinrichtung ein. Man habe zugesagt bekommen, dass man beim Wiblinger Friedhof auf der Unterweilerstraße die Parkierung nach erfolgter Fertigstellung der Querstange neu mache.

Oberbürgermeister Czisch sagt Klärung zu.

Feldwege

Bürgermeister von Winning macht auf Rückfrage von Stadtrat Bühler (FWG) Ausführungen zu den Unterhaltsmaßnahmen für Feldwege.

Um den Feldweg in Böfingen werde man sich kümmern.

Stadtrat Walter (CDU) merkt kritisch an, dass die Mittel für den Unterhalt der Feldwege seiner Meinung nach jedes Jahr niedriger ausfallen. Die Feldwege seien in die Jahre gekommen und deshalb sei eine Sanierung dringend erforderlich. Er fordere ein Feldwegesanierungsprogramm.

Erster Bürgermeister Bendel geht auf den Feldwegeunterhalt (Kostenart 42120011) ein. Hier seien Mittel in Höhe von rd. 190.000 € enthalten.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass es auch für 2017 weitere Sondermittel für die Feldwege in den Ortschaften geben werde. Man werde wie immer, Mitte des Jahres mit den Ortschaften besprechen, was hier noch gemacht werden müsse und dann vorbehaltlich einer "Weltwirtschaftskrise" Mittel zur Verfügung stellen.

ÖPNV/Mobilität

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) spricht mögliche Änderungen, die sich aus den Beratungen des Landeshaushalts ergeben können, an. Es gebe ein Paket, das eventuell für die Stadt interessant sein könnte: 100 Mio. € für die Neubeschaffungen für Fahrzeuge für den ÖPNV. Er möchte wissen, ob es hier schon Vergabekriterien gebe.

Oberbürgermeister Czisch legt dar, dass man das Thema "Beschaffung von ÖPNV-Fahrzeugen" im Aufsichtsrat der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) behandeln werde.

Der Ausbau des Nahverkehrs werde in den nächsten Jahren politisch ein wichtiges Thema werden. Wichtig sei für einen, dass man bei der Verknüpfung zum ländlichen Raum an der Mobilitätsdrehscheibe dabei sei, da dies ein Gestaltungsthema sei. Entscheidend sei, dass die Förderkulisse so aufgebaut werde, dass genau diese Aktivitäten unterstützt werden.

Stadträtin Kühne (SPD) stellt dar, dass man bereits jetzt darüber nachdenken müsse, wie es mit der Straßenbahn, wenn die Linie 2 fertig sei, weitergehen solle. Das sei vor allem bei der Erschließung neuer Wohngebiete, wie in Söflingen oder Wiblingen, wichtig.

Oberbürgermeister Czisch hebt hervor, dass Mobilität keine Grenzen zwischen Ulm und Neu-Ulm kenne. Spannend werde es, wenn man die "Kohlplatte" entwickle. Hier werde man die Straßenbahn gleich mitdenken müssen. Man müsse sich aber die verkrampfte Diskussion beim Mobilitätsthema abgewöhnen.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) spricht an, dass es auch Bundesmittel im Bereich der Mobilität gebe, die es gelte zu nutzen. Die E-Mobilität, das habe der Mobilitätstag auf dem Münsterplatz und im Stadthaus gezeigt, bewegen die Leute in Ulm.

Sie schlage für 2017 vor, ein Format zu entwickeln, wo man die Themen wie z.B. Ausbau des ÖPNV und E-Mobilität besprechen könne.

Ulm sei nicht nur Solarstadt, sondern auch Batteriehauptstadt. Ulm habe hier sehr großes Potential und dies müsse man besser nutzen und vermarkten.

Auch für Stadträtin Dr. Dahlbender (SPD) ist Mobilität eines der zentralen Themen. 2017 müsse man konkret die Verknüpfung Mobilität, Mobilitätsmöglichkeiten und Digitalisierung diskutieren, um dann im Haushalt 2018 Mittel einstellen zu können, damit man das Thema umsetzen könne.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) spricht ein regionales Mobilitätskonzept an. Im Zentrum der Nahverkehrsplanung müsse seiner Meinung nach die Bedürfnisprüfung stehen. Der Ulmer Süden habe ein konkretes Bedürfnis und deshalb sollte man hier ein Testfeld aufmachen.

Oberbürgermeister Czisch legt dar, den Nahverkehrsplan müsse man auch im Spannungsfeld der Konzession sehen. Bis zum Jahre 2019 müsse man das Konzessions-Thema gelöst haben.

Ein Bedürfnis müsse aber auch wirtschaftlich vertretbar sein. Deshalb können sicher nicht alle Wünsche erfüllt werden. Für den Nahverkehr gebe man in Ulm 16 Mio. € im Jahr aus.

Stadtrat Walter (CDU) bittet um Verbesserungen des ÖPNV im Ulmer Süden. Man müsse das MobilSAM durch feste Abfahrtszeiten ersetzen, um Verlässlichkeit zu erreichen.

Oberbürgermeister Czisch sagt hier eine schriftliche Antwort zu. Wenn es sich hier um einen kleinen Betrag handle, dann schaue man, dass man das umsetzen könne.

Stadtrat Keppler (CDU) ist der Ansicht, dass man für die unterschiedlichen Bedürfnisse Lösungen finden müsse. Man brauche ein funktionierendes Mobilitätskonzept. Das sei ein wichtiges Zukunftsthema. Hier sei auch das Thema Luftreinhaltung ein wichtiger Punkt. Es gelte emissionsfreie Antriebe umzusetzen. In der Wissenschaftsstadt sei hier sehr viel Know-how vorhanden und dies müsse man nutzen, um sichtbare Zeichen zu setzen.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass durch den Ausbau des ÖPNV auch die Themen Parken, Straßen- und Brückensanierungen neu beleuchtet werden müssen. Es könne nicht angehen, dass man dort, wo man eine Straßenbahn, wie auf den Oberen Eselsberg, baue, zusätzliche Parkplätze ausweise.

Bei der Mobilität müsse man die Themen bündeln.

Stadträtin Malischewski (FWG) verdeutlicht, dass eine Straßenbahn nach Wiblingen nur Sinn mache, wenn man Neu-Ulm mit ins Boot nehmen könne und Wiblingen dazu noch wachse. Man komme jedoch an die Wohnbaugrundstücke nicht ran. Für sie sei eine Straßenbahn nach Wiblingen Wunschkonzert.

Stadtrat Keppler (CDU) teilt mit, dass es bereits seit Jahrzehnten die Forderung gebe, nach Wiblingen eine Straßenbahn zu bauen.

Grünanlagen, Naturschutz, Landschaftspflege

Stadträtin Dr. Dahlbender (SPD) vermisst im Haushalt einen Titel für die Durchgrünung der Innenstadt.

Auch Stadtrat Walter (CDU) bemängelt, dass für die Unterhaltsmaßnahmen der Grün- und Freizeitanlagen immer weniger Mittel bereit gestellt werden.

Bürgermeister von Winning hält die Durchgrünung der Innenstadt für ein wichtiges Thema. In den letzten Jahren habe die Stadt hier viel umgesetzt. Er nennt hier z.B. die Karlstraße oder den Alten Friedhof. Das Thema scheitere meist nicht am Geld, sondern an den Flächen. Er werde das Thema aber gerne nochmals mitnehmen.

Beim Unterhalt konnten viele Sonderfaktoren aus den letzten Jahren wie z.B. für Biber und Baumschnitt zurück gefahren werden.

Stadträtin Schuler (CDU) wünscht sich bezüglich der Pflege der Grünanlagen ein Signal im Haushalt.

Bürgermeister von Winning verweist hier auf die Seite 368 des Haushaltsplanentwurfs. Hier seien die Mittel genau aufgelistet.

Oberbürgermeister Czisch sagt weitere Ausführungen im zuständigen Ausschuss zu.

Stadtrat Keppler (CDU) bittet bezüglich des Eschentriebsterbens darzulegen, was hier unternommen werden könne.

Bürgermeister von Winning legt dar, dass es sich hier um eine Pilzerkrankung handle. Wenn die Bäume befallen seien, müsse man sie über kurz oder lang fällen und eine Ersatzpflanzung vornehmen.

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) interessiert, ob alle Hausaufgaben beim Lärmschutz gemacht seien, weil ihr die Mittel reduziert wurden.

Bürgermeister von Winning entgegnet, dass man mit den eingestellten Mitteln die Nachfrage beim Lärmschutz bedienen könne.

Friedhofs- und Bestattungswesen

Stadtrat Bühler (FWG) führt aus, dass seine Fraktion nicht bereit sei, auf die Fertigstellung des Eingangsbereichs des Hauptfriedhofs nochmal fünf Jahre zu warten.

Stadtrat Keppler (CDU) legt dar, dass der Eingangsbereich beim Hauptfriedhof für die CDU-Fraktion keine oberste Priorität habe. Man sei auch mit der Planung nicht einverstanden.

Stadtrat Bühler (FWG) merkt an, dass die FWG-Fraktion mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise zu den Stadtteolfriedhöfen, die notwendigen Sanierungen über einen Zeitraum von zehn Jahren zu strecken, nicht einverstanden sei.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) bittet, auch auf den Stadtteolfriedhöfen anonyme Bestattungen mit Nennung des Namens auf einer Stele zu ermöglichen.

Oberbürgermeister Czisch sagt zu, diese Anregung mitzunehmen.

Bürgermeister von Winning macht deutlich, auch bei den Friedhöfen könne er auch nur auf die Prioritätenliste verweisen. Der Eingangsbereich des Hauptfriedhofs stehe mit Schulen, Kindergärten und anderen Baumaßnahmen in Konkurrenz. Der Entwurf für den Eingang sei schon sehr weit. Wenn der Gemeinderat hier eine Priorität sehe, könnte man hier relativ zeitnah in die Umsetzung gehen.

Bei den Stadtteolfriedhöfen habe man jetzt den Bedarf festgestellt. Eine Zeitschiene für die Sanierungen gebe es aber noch nicht. Es gebe aber aus seiner Sicht die Chance, dass man zu einem einvernehmlichen Programm kommen könne, das man in den nächsten Jahren abarbeiten könne.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt werden, Widerspruch wird nicht erhoben, dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

Zuschussverzeichnis

Ohne Diskussion wird das Zuschussverzeichnis (einschließlich einer Indexierung von 1,5 %; siehe Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November 2016, § 409) des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt, Widerspruch wird nicht erhoben, dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, C 3, VGV (4), SUB (4), FR, GM (4), Fachbereichspersonalrat, ZS/P, OV (8), ZS/F (3), RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung

des Hauptausschusses

des Gemeinderats

vom 30. November 2016

öffentlich

§ 409

Entwurf der Haushaltssatzung des Haushaltsplans 2017

- Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für die Bereiche Oberbürgermeister, Zentrale Steuerung, Zentrale Dienste, Bürgerdienste und für die Allgemeinen Finanzmittel -
- Vorberatung des Gesamthaushalts einschließlich Personalaufwendungen und Stellenplan -
- Weitergehende Anträge aus den Fachbereichsberatungen -

Beratungsgrundlage sind die

1. GD 901/16 (Entwurf des Haushaltsplanes einschließlich Stellenplan 2017)
2. GD 903/16 (Vorbericht)
3. GD 904/16 (Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2017)
4. GD 905/16 (Liste der weitergehenden Zuschussanträge, die nicht im Zuschussverzeichnis 2017 berücksichtigt sind)
5. GD 907/16 (Beteiligungsbericht)
6. GD 909/16 (Dauerhaftes Sanierungsprogramm 2017)
7. GD 910/16 (Übersicht zum Programm Bildungsoffensive)

Die Beratungsunterlagen sind - soweit sie nicht der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 16. November 2016 (§ 100) beigelegt sind - Anlage zu dieser Niederschrift.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, erläutert Erster Bürgermeister Bendel die GD 904/16.

I. Bereich Oberbürgermeister

Teilergebnishaushalt

Oberbürgermeister Czisch weist auf die anstehenden Veränderungen im Bereich der Forstwirtschaft hin. Was Wald heiße auf Stadtgebiet Ulm, soll auch Aufgabe der Stadtverwaltung sein. Er sagt hierzu einen Bericht der Verwaltung zu.

Auf die Frage von Stadtrat Eichhorn (FWG) zum Thema "Zuschuss Testfeld, vernetztes/ automatisiertes Fahren" informiert Oberbürgermeister Czisch den Hauptausschuss, dass es Anfang Dezember hierzu einen Workshop geben werde. Auf diesem Gebiet könne möglicherweise noch etwas getan werden. Evtl. könne ergänzend dazu zusammen mit der Wissenschaftsstadt etwas entwickelt werden. Hierzu gebe es noch keine Botschaft.

Oberbürgermeister Czisch bemerkt, im neuen Jahr werde es zum Thema "Stadtmarketing" einen Bericht darüber geben, an welchen Stellen mit verschiedenen Partnern sich die Stadt auf dem Gebiet Marketing, Wirtschaftsförderung und sonstige Aktivitäten engagiere. Bei der Innovationsregion gebe es dazu eine Klausur mit Workshop. Ferner erwähnt er in diesem Zusammenhang auch den Schwabenbund. Es gebe eine bewährte AG Stadtmarketing. In der nächsten Zeit werde diese AG wieder tagen. Er sagt einen Bericht dazu im Hauptausschuss zu.

Stadtrat Bühler (FWG) wirft ein, dass die AG Stadtmarketing tagen würde, wenn man sie einberufen würde. Der Bedarf im Bereich Marketing sei hoch.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) spricht anschließend das Thema "Wirtschaftsförderung" an. Sie ist der Ansicht, dass bei den Themen "Kommunikation und Marketing" noch einiges zu tun sei. Vor über einem Jahr habe sie um eine Auflistung darüber gebeten, in welchen Bereichen die Stadt Wirtschaftsförderung betreibe (Vereine, Organisationen usw.). Dringend wolle sie diese Liste bekommen.

Oberbürgermeister Czisch bemerkt, auch intern schaue man, wie man das Schritt für Schritt angehe. Erster Bürgermeister Bendel habe bereits eine entsprechende Liste erstellt. Man müsse sich verwaltungsintern überlegen, wie sich die Verwaltung bei diesem Thema aufstelle.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) und Stadträtin Schwelling (GRÜNE) machen deutlich, dass ihre Fraktion da frühzeitig mit überlegen wolle.

Stadträtin Malischewski (FWG) erinnert an Anträge der FWG-Fraktion zum Thema "Marketing". In einer Beilage des Spiegels sei über Städte in Baden-Württemberg berichtet worden, Ulm sei da leider nicht vertreten gewesen.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass eine Anzeige 8.000 € aufwärts koste. Das habe Ulm gar nicht nötig. Bei 10 Anzeigen wären das 100.000 €, die nichts bringen.

Zu einem späteren Zeitpunkt der Beratungen macht Stadtrat Joukov (GRÜNE) deutlich, dass die Anzeigenpolitik der Stadt eine Sitzung der AG Stadtmarketing rechtfertigen würde.

Stadträtin Kühne (SPD) ist der Ansicht, dass man das Positive, das in Ulm vorhanden sei, in die Werbung einbeziehen sollte. Ein positives Beispiel sei die Vortragsreihe in der Sparkasse Neue Mitte.

Oberbürgermeister Czisch bemerkt, bei einem Unternehmen würde das Unternehmenskommunikation heißen. Bei diesem Thema lohne sich dann eine Sitzung der AG Stadtmarketing. Dieses Thema greife die Verwaltung auf. Vieles laufe gut, aber die Highlights müssten besser vermarktet werden.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) bemerkt, beim Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm (SUN) habe man eine Plattform für solche Themen.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, nötig sei, Vorhandenes sauber zu kommunizieren. Herr Bergmann sei beauftragt, die Themen "Einstein, Löwenmensch usw." gebündelt zu bearbeiten.

Stadträtin Malischewski (FWG) betont, dass der Gewerbesteuerhebesatz in Ulm seit 1994 nicht erhöht wurde. Das sei auch ein Stück weit Marketing und ein Signal für die Wirtschaft.

Oberbürgermeister Czisch ergänzt, dass Ulm bei den großen Städten in Baden-Württemberg den günstigsten Gewerbesteuerhebesatz habe. Bevor man an der Steuerschraube drehe, versuche man, mit dem vorhandenen Geld auszukommen. Eine Ausnahme sei die Erhöhung der Grundsteuer zur Mitfinanzierung der Kinderbetreuung gewesen. Das hätten die Leute damals mitgetragen.

Teilfinanzhaushalt

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Zuschussverzeichnis

Stadtrat Bühler (FWG) spricht das Thema "Frauentreff Ulm e.V." an. Ulm sei eine gegenderte Stadt. Er fragt, warum es keinen Männertreff gebe und ob er einen gründen könnte.

Oberbürgermeister Czisch bemerkt, das sei der Eigeninitiative überlassen.

Stadträtin Dr. Engels (SPD) macht deutlich, dass das eine sehr alte Einrichtung sei. Das sei ein Zusammenschluss von Frauen, die Kultur- und Bildungsarbeit machen. Sie hätten ein eigenes Büro.

Weitergehende Zuschussanträge

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt und das Zuschussverzeichnis sowie die weitergehenden Zuschussanträge aus dem Bereich des Oberbürgermeisters werden dem Gemein-

derat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

II. Bereich Zentrale Steuerung

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Beteiligungsbericht

Auf die Frage von Stadtrat Dr. Kienle (CDU) zum Thema "Personal" macht Oberbürgermeister Czisch deutlich, dass die Personalabteilung wieder zusammengelegt werde. Es handle sich um eine Verlagerung des Budgets vom OB-Bereich zum Bereich Zentrale Steuerung.

Erster Bürgermeister Bendel ergänzt, dass es eine gesetzliche Änderung beim Unterhaltsvorschuss zum 01.01.2017 gebe. Das werde zu einer Fallzahlensteigerung führen. Es führe zu einem Personalmehraufwand im Bereich der Abteilung Soziales (4 Stellen) und im Bereich der Vollstreckung bei der Stadtkasse (0,8 Stellen). Das werde in den Nachtrag 2017 einfließen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) bemerkt, die Ausfallquote beim Regress liege im Schnitt bei 70 bis 80 %. Er fragt, ob hierfür Rücklagen nötig seien.

Bürgermeisterin Mann stellt klar, dass der Sachverhalt bis dato existiere. Die anspruchsberechtigte Personengruppe werde erweitert auf die bis zu 18-Jährigen. Man könne von einer Verdoppelung ausgehen.

Erster Bürgermeister Bendel ergänzt, dass die Ausstandsquote in Ulm ebenfalls bei 70 bis 80 % liege. Im Moment seien es Ausstände in Höhe von 1,8 Mio. €.

Oberbürgermeister Czisch ist der Meinung, dass dieses Klientel stadtpolitisch bedeutsam sei, es sei richtig, dass es so gehandhabt werde. Das Risiko übernehme die Stadt und sie vollstrecke auch. Die Personalaufstockung in diesem Bereich sei wichtig, weil eine Disziplinierung dahinter stecke. Hierzu soll im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales berichtet werden. Das sei echte Sozialpolitik.

Auf die Frage von Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) zu den Themen "Mobilität, Digitalisierung, Zukunftsstadt und Stadtlabor" bemerkt Oberbürgermeister Czisch, das sei ein Schwerpunkt der Gemeinderatssitzung im März. Die Zukunftsstadt (Phase zwei) sei bereits losgelaufen. Derzeit sammle man, was sich im Laufe des Jahres ergeben habe. Auch die IHK-Vollversammlung beschäftige sich gerade mit dem Thema "Digitalisierung". Ein wichtiger Meilenstein sei das 1. Quartal 2017. Auch das Thema "Universitätsjubiläum" sei spannend. Es seien auch Themen der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU), zum Beispiel Smart-Home und die digitale Infrastruktur. Im Aufsichtsrat SWU im Dezember werde die SWU hierzu einen Bericht abgeben. Mit dem Gemeinderat müsse man dann modellieren, wie man in den nächsten zwei bis drei Jahren mit diesem Thema umgehe. Bei der SWU seien viele dieser Themen (Energiewende, Mobilität, digitale Infrastruktur/Breitbandausbau) verankert. Breitbandausbau, vor allem in der Innenstadt, sei ein zentrales Thema. Wichtig sei es auch, die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Das sei eine große Aufgabe der SWU. 2010 habe die Internetoffensive und 2012 die Schließung der Lücken beim Glasfaserausbau stattgefunden. Nun wolle man überall gleichermaßen höchstwertiges

Breitband zur Verfügung stellen, man wolle flächig aufgestellt sein. Der Vorteil sei, dass die Schulen dann ein besseres Angebot hätten.

Zwischen den Themen "Glasfaserausbau in der Innenstadt", "Mobilität in der Innenstadt" und "Testfelder" bestehe ein innerer Zusammenhang. Die IT-Ausstattung bei den Schulen habe man bereits vor fünf Jahren angefangen. An Ulmer Schulen gebe es Whiteboards. Schauen müsse man, wo die politischen Schwerpunkte liegen.

Auf die Frage von Stadtrat Joukov (GRÜNE) zum Thema Notruf bei Stromausfall sagt Oberbürgermeister Czisch eine schriftliche Antwort der Verwaltung zu.

Oberbürgermeister Czisch betont, dass der Beteiligungsbericht ein wichtiges Nachschlagewerk sei. Dieser werde noch separat im Hauptausschuss behandelt.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Zentralen Steuerung werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Beteiligungsbericht (GD 907/16) wird zur Kenntnis genommen.

III. Zentrale Dienste

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Stadtrat Dr. Holz (CDU) bedauert die Einstellung des Amtsblatts (Ersparnis von 80.000 € pro Jahr). Das sei für viele ältere Leute wichtig gewesen.

Oberbürgermeister Czisch entgegnet, dass es hierzu einen Gemeinderatsbeschluss gebe.

Er betont, dass die städtischen Boten der Botenmeisterei einen tollen Job machen. Sie tragen dazu bei, dass die Verwaltung funktioniere.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis der Zentralen Dienste werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

IV. Bürgerdienste

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) befasst sich mit dem Thema "Verkehr und Bußgeld" und spricht die Raserei in der Frauenstraße an, in der eigentlich Tempo 30 gelte. Auch gebe es Probleme mit Müll in den Hauseingängen. Sie bittet - ähnlich wie in der Olgastraße - eine stationäre Anlage aufzustellen.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) spricht die geplante Anschaffung einer semistationären Blitzanlage an. Er stellt den Antrag, zwei mobile Blitzanlagen (statt nur einer) anzuschaffen. Das sei keine Abzocke. Vor allem in den Ortschaften soll Tempo 50 durchgesetzt werden.

Oberbürgermeister Czisch rät, mit der semistationären Anlage Erfahrungen zu sammeln und dann im Hauptausschuss zu berichten.

Stadträtin Malischewski (FWG) bemerkt, die Wiblinger wollen dringend stationäre Anlagen. Nun sei eine Stelle zur Betreuung der semistationären Anlage eingestellt. Eine stationäre Anlage lehne ihre Fraktion ab, weil sie nichts bringe. Eine semistationäre Anlage sei zu wenig. Unklar sei, ob bei einer weiteren semistationären Anlage nochmals eine Stelle nötig sei.

Oberbürgermeister Czisch weist auf die Differenz zwischen gefühltem und tatsächlichem Bedarf hin. Diskutieren müsse man über die Anzahl der mobilen Anlagen. Aber es gebe auf der anderen Seite Klagen über die Abzockerei der Stadt.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) trägt vor, dass man überlegen soll, ob man in Wiblingen mit einer stationären Anlage etwas erreichen könne. Sie befürwortet die Anschaffung mindestens einer semistationären Anlage. Klagen über zu schnelles Fahren kommen aus der ganzen Stadt. Unklar seien die Kosten und der Personalaufwand für eine semistationäre Anlage.

Stadträtin Münch (CDU) hält Geschwindigkeitsanzeigetafeln für sinnvoll.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass das wenigstens Sichtbarkeit schaffe.

Der Leiter der Bürgerdienste, Herr Häußler, legt Folgendes dar: Die Bürgerdienste überprüfen die Geschwindigkeit an neun stationären Anlagen (eine koste 100.000 €). Mobil werde täglich Tag und Nacht kontrolliert. Mit Mitteln aus dem Nachtrag 2016 habe man die semistationäre Anlage gekauft (Anhänger). Dadurch könne man zu objektiven Messzahlen kommen. Regelmäßig gebe es Anträge auf stationäre Anlagen. Bislang orientiere man sich hierbei an objektiven Kriterien. Seiner Meinung nach habe eine semistationäre Anlage mehr Wirkung als eine stationäre. Die semistationäre Anlage soll getestet werden. Wenn sie sich bewähre, könne man nochmals eine anschaffen (Kosten 200.000 €). Ihm lägen Anträge aus den Bereichen Olgastraße, Wiblingen und Jungingen vor.

Oberbürgermeister Czisch betont, dass es um die Sicherheit gehe. Der Ablauf sei wie folgt: Testphase der semistationären Anlage - Bericht - Entscheidung über den Kauf einer weiteren Anlage.

Herr Häußler sagt einen Bericht im Herbst 2017 zu. Er legt zu den Geschwindigkeitsanzeigetafeln Folgendes dar: Die Ortsverwaltungen haben jeweils ihre Anzeigetafel. Sie werden derzeit im Bereich Umleitung wegen des Baus der neuen Straßenbahnlinie eingesetzt. Der Einsatz erfolge punktuell. Eine Geschwindigkeitsanzeigetafel koste ca. 2.000 €.

Oberbürgermeister Czisch folgert, dass das Thema "Sicherheit" die Leute bewege. Auch seien in Ulm zusätzliche Polizeistellen geschaffen worden. Sichtbarkeit sei hier wichtig.

Es werde einen Bericht zum Thema "Semistationäre Anlage" geben. Im Nachtrag stelle sich dann die Frage, ob man nochmals eine Anlage anschaffe. Bei den Anzeigetafeln müsse man prüfen, ob es Handlungsbedarf gebe.

Auf die Frage von Stadtrat Ried (FWG) zum Thema "Wildpinkler" legt Herr Türke (Leiter der Abteilung Ortspolizeibehörde, Obdachlosenbehörde, Sondernutzungen) dar, dass die Geldbuße auf 150 € erhöht wurde. Man habe in Ulm 25 Pinkler erwischt. Es seien viele Gespräche geführt worden, um das Ganze zu optimieren, vor allem im Bereich des Münsters. Mit den Veranstaltern habe man entsprechende Konzepte erarbeitet.

Oberbürgermeister Czisch ergänzt, beim Weihnachtsmarkt habe es intensive Bemühungen gegeben, um das Wildpinkeln zu erschweren.

Oberbürgermeister Czisch betont, dass sich die Mitarbeiter/-innen der Bürgerdienste anstrengen, dass der Neubau Bürgerdienste künftig sinnvoll genutzt werden könne.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Bürgerdienste werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

V. Allgemeine Finanzmittel

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt

Das Wort hierzu wird seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Allgemeinen Finanzmittel werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

VI. Gesamthaushalt

Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, weitergehende Zuschussanträge, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan

Oberbürgermeister Czisch stellt fest, man rede beim Konzern Stadt von 1,2 Milliarden. € Umsatz pro Jahr bei über 4.000 Mitarbeiter/-innen. Die Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH (UWS) und die SWU seien ganz starke Töchter der Stadt. Die SWU werde dieses Jahr eine schwarze Null schreiben. Sie stemme den Straßenbahnausbau, die UWS mache Investitionspolitik (Sanierung, Unterhalt, Modernisierung und Neubau). Wohl der Stadt, die so eine Bilanz vorzuweisen habe.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) bittet, künftig die Planansätze über mehrere Jahre hinweg darzustellen (z.B. die Jahre 2014 bis 2017), damit ein Trend ablesbar sei.

Erster Bürgermeister Bendel sagt zu, zu prüfen, was in der Darstellung möglich sei.

Stadtrat Bühler (FWG) schließt sich der Auffassung von Stadtrat Dr. Kienle (CDU) an.

Anschließend beantwortet die Verwaltung Fragen von Stadtrat Dr. Kienle (CDU) zum Thema "Rückstellungen".

Der Gesamthaushalt (Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, weitergehende Zuschussanträge, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan) werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

VII. Weitergehende Anträge aus den Fachbereichsberatungen

Stadträtin Münch (CDU) ist der Ansicht, dass man sich über das Thema "Naturkundliches Bildungszentrum" im Laufe des Jahres nochmals unterhalten müsse.

Oberbürgermeister Czisch stellt fest, dass aus dem Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales folgende wesentliche Anträge vorliegen: 15.000 € Aufstockung des Zuschusses für den Arbeitskreis zur Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher, 36.000 € für die Erhöhung des Zuschusses an die Familienbildungsstätte, 25.000 € für die Erhöhung des Zuschusses an die Aids-Hilfe für den Ausstieg aus der Prostitution "P.I.N.K" und ca. 90.000 € für die Indexierung aller Zuschüsse um 1,5 % nach denselben Regelungen wie in den vergangenen Jahren.

Darüber hinaus liegen keine weitergehenden Anträge aus den Fachbereichsberatungen vor.

Ergebnis

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2017 (GD 901/16) in der Fassung der Änderungsliste (GD 904/16) und den Stellenplan nach der GD 901/16 in der Fassung der GD 906/16 unter Berücksichtigung der Änderungsliste zum Stellenplan 2017 (GD 916/16) zur Beschlussfassung.

Weiter wird vom Hauptausschuss dem Gemeinderat ohne förmliche Abstimmung empfohlen, der Verwaltung folgende Ermächtigung zu erteilen:

- a) im Rahmen der Kreditermächtigung der Haushaltssatzung 2017 Kredite zu den jeweils günstigsten Konditionen aufzunehmen.
- b) Für Kredite, bei denen im Haushaltsjahr 2017 die Zinsbindungsfristen enden, neue Zinsvereinbarungen zu den jeweils günstigsten Konditionen abzuschließen oder diese Kredite umzuschulden, falls neue Zinsvereinbarungen nicht zustande kommen.
- c) Kredite, deren Zinskonditionen der Kapitalmarktlage nicht entsprechen, zu kündigen und zu den jeweils günstigsten Konditionen umzuschulden.

Niederschrift über die Verhandlung

des Hauptausschusses

des Gemeinderats

vom 30. November 2016

öffentlich

§ 410

Vorberatung des Entwurfs der Mittelfristigen Finanzplanung 2016 - 2020

Den Mitgliedern des Gemeinderats wurde zur Beratung der Entwurf der Finanzplanung 2016 bis 2020 als GD 902/16 übersandt (Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 16. November 2016, § 100).

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass die Stadt bis zum Jahr 2020 keine neuen Schulden plane. Das sei ein Verdienst der letzten zehn Jahre. Von der Haushaltskonsolidierung profitieren die Investitionen bis heute.

Stadtrat Eichhorn (FWG) lobt die mittelfristige Finanzplanung.

Auf die Frage von Stadtrat Ried (FWG) zu den Abschreibungen legt Oberbürgermeister Czisch Folgendes dar: Diese werden sich um 10 Mio. € erhöhen. Es gebe Gemeinderatsanträge zum Thema "Sanierung der vorhandenen Infrastruktur". Aus dem Brückenzustandsbericht ergebe sich ein Sanierungsbedarf. Dasselbe gelte für die Straßen. Vor Jahren habe man einen Sanierungstau in Höhe von über 100 Mio. € festgestellt. Die Sanierung stehe im Konflikt zum Neubau. Die Neubauten führen zu fast einem Drittel mehr Abschreibungen pro Jahr mit der Wirkung, dass man künftig Mühe haben werde, den Haushaltsausgleich hinzubekommen. Die Straßenbahn laufe über die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU), da sei ein relativ hoher Zuschuss mit enthalten. Die Linie 1 gehe durch die höheren Fahrgasteinnahmen Null zu Null auf.

Stadtrat Ried (FWG) hält die Abschreibungen im Verhältnis zu den Investitionen für zu niedrig und fragt nach den Zielwerten für die Kommunen.

Oberbürgermeister Czisch zeigt auf, dass man von den Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Gegenwert abschreibe. Bei der Wiederbeschaffung rede man vom Faktor 2. Die bilanzierten Abschreibungen sollen auch erwirtschaftet werden. Man sei auf dem Weg, das Ziel zu verfehlen. Hier gehe es um Stadtpolitik.

Erster Bürgermeister Bendel legt Folgendes dar: 2017 habe man einen Planansatz von 39 Mio. € Abschreibungen. Die Sanierungsinvestitionen liegen bei 15 Mio. €. Im Bereich der Sanierung tue man zu wenig.

Stadtrat Bühler (FWG) ist der Ansicht, dass das auch mit den zahlreichen Neubauvorhaben zusammenhänge.

Es wird - Widerspruch wird nicht erhoben -

beschlossen,

beim Gemeinderat zu beantragen:

Den Entwurf der Finanzplanung 2016 bis 2020 unter Berücksichtigung der Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2017 (GD 904/16) zu beschließen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, ZD, BD (Herr Schmid), OB/B, ZS/P, ZS/F, RPA, 902/0